



Stadt Biel
Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

15. Stadtratsprotokoll / 15^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom 20. November 2024, 18.00 Uhr

Séance du 20 November 2024 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Augsburger-Brom Dana, Boly Kady, Bord Pascal, Bourquin François, Briechle Dennis, Bucher Juliet, Cacciabue Anna Louise, Celik Pir Chè, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Eggli Roland, Francescutto Luca, Gerber Andreas, Gloor Yannick, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Koller Levin, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Magnin Nadia, Maurer Stefan, Meier Julian, Moeschler Marie, Müller Lukas, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Roquet Hervé, Roth Myriam, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schlup Nina, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sutter Liane, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, Varrin Océane, Wächter Olivier, Weber Philippe, Wendling Cécile, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Niels, Lehmann Caroline, Molina Franziska, Oberle Fabio, Paronitti Maurice, van der Meer Marion

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte: Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Pittet Natasha

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

Gemeinderat Feurer Beat

Vorsitz / Présidence:

Benedikt Loderer Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

El Mohib Omar, Ratssekretär

Begrüssung	3
• Ordnungsantrag	3
1. Genehmigung der Traktandenliste	4
2. Mitteilungen Stadtratsbüro	4
3. Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat	5
4. Protokollgenehmigungen / (19. Januar, 22. Februar 2023 und 22. August, 18. September 2024 / Nrn 1, 2 und 10, 11)	5
5. Ersatzwahl eines Mitglieds des Rates für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne	5
6. 20220301 IT- Arbeitsplatz Stadtverwaltung / Verpflichtungskredit	6
7. 20240275 Parzelle 440 / Einräumung einer Dienstbarkeit (sog. unselbständiges Baurecht) für Provisorien kantonaler Schulen	9
8. 20240190 Dringliches Postulat Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, «Mit der Umnutzung von Gebäuden im Verwaltungsvermögen in städtischen Wohnungen die Sanierung des städtischen Immobilienparks finanzieren»	12
9. 20240113 Motion Francescutto Luca, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Den Geldsegen aus den Ordnungsbussen aus dem Budget der Stadt Biel streichen.»	14
10. 20240114 Postulat Maurer Stefan, Fraktion SVP / Die Eidgenossen, «Bessere Ausnutzung der Wasserkraft Nidau-Büren-Kanal / Aare»	17
11. 20240115 Interpellation Maurer Stefan, Fraktion SVP / Die Eidgenossen, «Ausbau Fernwärmenetz Stadt biel / Müve»	17
12. 20240232 Dringliches überparteiliches Postulat Bord Pascal, PRR, Gerber Andreas, FDP, «Oberes Ried: beenden wir die Zerstörung unseres kulturellen Erbes»	17
13. 20240131 Postulat Suter Daniel, PRR, «Kosten der Mahlzeiten in den Betreuungsstrukturen»	18
14. Begründung der Dringlichkeit des Postulats Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte «Finanzielle Risikominimierung "PARADICE"»	22
15. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation Roquet Hervé, Fraktion PSR, Sutter Andreas, Fraktion FDP, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO «Mehr Klarheit in der Investitionsplanung und bei der Zunahme der Vorfinanzierungen»	22
16. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis, Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO, Kilezi Ruth, Fraktion PSR «Neue Organisation der Sozialbehörde: Was ist der Stand der Umsetzung?»	23
Ordnungsantrag	23
17. 20240268 Änderung Reglement ESB / Abgaben	23
18. 20230076 «Stadtklima-Initiative Biel» / Umsetzungsvorschlag / Teilrevision Klimaschutzreglement der Stadt Biel	27
19. 20060263 PPP Stades de Bienne / Verpflichtungskredit Nr. 20000.0001 / Genehmigung der Abrechnung	42
20. Neueingänge	45

Begrüssung

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Sitzung ist eröffnet. Sie haben vielleicht bemerkt, dass hinter mir keine Bilder mehr hängen. Die Arbeiten für die Installation der Abstimmungsanlage laufen und wir können wahrscheinlich an der nächsten Stadtratssitzung im Dezember das Knöpfchendrücken üben. Heute ist zudem das Schweizer Fernsehen da. Die Equipe von «Schweiz Aktuell» macht einen Beitrag zu Herrn Feurer. Lassen Sie sich dadurch nicht stören.

An der Stadtratssitzung vom 16. Oktober 2024 wurde Ihnen mitgeteilt, dass für den aus dem Stadtrat zurückgetretenen Roman Eggimann gemäss Reglement über städtische Abstimmungen und Wahlen (SGR 1.4-1) niemand nachrückt, da er im Stadtrat zuletzt parteilos politisierte und wir uns im letzten Jahr der Amtsperiode befinden. Diese Information war falsch. Wenn ein Stadratsmitglied aus der Partei, auf deren Liste es gewählt wurde austritt oder in eine andere Partei wechselt, bleibt sein Sitz trotzdem während der gesamten Legislatur bei der ursprünglichen Partei. An dieser Stelle bitte ich insbesondere die FDP um Entschuldigung für diese Falschinformation. Die Nachfolge von Herrn Eggimann tritt Frau Liane Sutter an. Herzlich willkommen, Frau Sutter. *(Applaus)*

Sie haben am 14. November 2024 die Einladung zum Jahres- beziehungsweise Legislaturabschluss erhalten. Bitte melden Sie sich bis zum 29. November 2024 beim Ratssekretariat an oder ab. Die Stadratsmitglieder, welche im Amt verbleiben, werden gebeten, ihre Angaben zu überprüfen und ihre Interessenbindungen dem Ratssekretariat bis zum 22. November 2024 mitzuteilen.

Wie per E-Mail an die Fraktionen angekündigt, gelten heute verkürzte Redezeiten, fünf Minuten für Fraktionssprechende, drei Minuten für Einzelsprechende. Ich bitte Sie, diese Zeitvorgaben einzuhalten.

Ordnungsantrag

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Wir diskutieren heute unter anderem über eine Volksinitiative. Ich habe zwar nicht vor, länger zu sprechen, aber ich finde, zu einer Volksinitiative sollten die üblichen Redezeiten gelten. **Ich beantrage deshalb für das entsprechende Traktandum «Stadtklima-Initiative Biel» / Umsetzungsvorschlag / Teilrevision Klimaschutzreglement der Stadt Biel» die üblichen Redezeiten beizubehalten.**

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Auf Ihrem Tisch finden Sie folgende Unterlagen:

- Antrag Fraktion PSR betreffend Verpflichtungskredit IT- Arbeitsplatz Stadtverwaltung (**rosa Blatt**)
- Zwei Anträge von Stefan Rüber, Grüne betreffend «Stadtklima-Initiative Biel» (**weisses Blatt, doppelseitig**)

1. Genehmigung der Traktandenliste

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Der Stadtpräsident, Herr Fehr, und die Direktorin für Soziales und Sicherheit (DSS), Frau Pittet, sind verhindert und stossen voraussichtlich nach der Sitzungspause dazu. Ich schlage deshalb vor, die Geschäfte aus ihren Direktionen bis zu ihrem Eintreffen zu verschieben.

Wie per E-Mail vom 12. November angekündigt, schlage ich als zusätzliches Traktandum für die heutige Stadtratssitzung die Ersatzwahl für den Conseil des affaires francophones (CAF) vor. Wir werden die Wahl nach Traktandum 4, Protokollgenehmigung durchführen. Ebenfalls per E-Mail vom 12. November angekündigt, schlage ich vor, Traktandum 6, «Veloverleihsystem / neuer Leistungsvertrag» von der heutigen Traktandenliste abzusetzen. Das Geschäft soll zusammen mit der Abrechnung des Verpflichtungskredits für das bisherige Veloverleihsystem an der Sitzung vom 18. Dezember 2024 behandelt werden.

Die GPK hat festgestellt, dass das revidierte Klimaschutzreglement (Traktandum 9, «Stadtklima-Initiative / Teilrevision des Klimaschutzreglements») einen Artikel enthält, der vom ESB-Reglement abhängig ist. Aus diesem Grund wird zuerst Traktandum 10 zur «Änderung des Reglements über die Spezialfinanzierung zur Deckung von Wertberichtigungen der städtischen Beteiligung am Energie Service Biel/Bienne (ESB)» (SGR 7.4-2) behandelt und anschliessend die Stadtklimainitiative mit der Teilrevision des Klimaschutzreglements (SGR 8.2-5).

Aufgrund krankheitsbedingter Abwesenheit der Motionärin wird die Motion «Bekämpfung der Lichtverschmutzung in der Stadt Biel» auf eine spätere Sitzung verschoben.

Die Traktandenliste wird mit diesen Änderungen genehmigt.

2. Mitteilungen Stadtratsbüro

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Das Stadtratsbüro hat sich an seiner letzten Sitzung mit den Formvorschriften parlamentarischer Vorstösse befasst, da diese bei einigen in der Vergangenheit eingereichten Vorstösse nicht genügen. Vorstösse sind schriftlich und unterzeichnet und während der laufenden Sitzung dem Stadtratspräsidenten oder dem Ratssekretär einzureichen. Sie sind mit einer kurzen Überschrift zu versehen. Begehren oder Fragen sind von der Begründung klar zu trennen. Gemäss Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung (GO SR; SGR 1.5.1-1) hat das Stadtratsbüro zudem entschieden, keine Vorstösse mehr zuzulassen, die handschriftlich verfasst sind.

Für den 10. Dezember 2024 wird eine Fraktionspräsidienkonferenz einberufen. An dieser Sitzung werden Themen rund um den Legislaturwechsel, wie beispielsweise die Sitzverteilung in den Kommissionen, die Sitzordnung im Stadtratssaal, sowie die konstituierende Sitzung der neuen Legislatur diskutiert. Die Fraktionspräsidien haben dazu bereits per E-Mail einen Terminblocker erhalten; weitere Informationen folgen. An der letzten Sitzung der laufenden Legislatur werden am Mittwoch, 18. Dezember 2024 die traktandierten Geschäfte behandelt. Am Donnerstag, 19. Dezember 2024 werden die austretenden Gemeinderats- und Stadtratsmitglieder verabschiedet, bevor dann der Abschlussanlass beginnt. Aufgrund der voraussichtlichen Geschäftslast und der

Anzahl der Verabschiedungen sind für den ersten Sitzungstag zur Behandlung der Geschäfte Redezeitbeschränkungen vorgesehen und zwar für Fraktionssprechende fünf Minuten und für Einzelsprechende drei Minuten. Für die Verabschiedungen am 19. Dezember 2024 gelten die normalen Redezeiten, für Fraktionssprechende 10 Minuten und für Einzelsprechende fünf Minuten. Ich bitte Sie, diese Redezeiten einzuhalten.

Die Arbeiten für die neuen Konferenz- und Abstimmungsanlage verlaufen nach Plan. Voraussichtlich an der Stadtratssitzung am 18. Dezember 2024 wird die neue Anlage betriebsbereit sein.

3. Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat

Keine Mitteilungen.

4. Protokollgenehmigungen / (19. Januar 2023, 22. Februar 2023 und 22. August 2024, 18. September 2024 / Nr. 1, 2 und 10, 11)

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Es sind keine Änderungsanträge eingegangen, somit sind die Protokolle vom 19. Januar, 22. Februar 2023 sowie vom 22. August und 18. September 2024 genehmigt. Ich danke den Verfasserinnen.

5. Ersatzwahl eines Mitglieds des Rates für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Wir kommen zum nachtraktandierten Geschäft, der Ersatzwahl eines Mitgliedes des Rates für französischsprachige Angelegenheiten des Verwaltungskreises Biel/Bienne (RFB). Ich übergebe das Wort an das austretende Mitglied, Herrn Hamdaoui.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Par souci de transparence, je souhaite vous expliquer la raison de ma démission du CAF à peine une année après mon élection. Je regrette d'avoir dû prendre cette décision. Cette institution est fantastique mais ces derniers mois, deux événements importants se sont produits pour moi. Il s'agit en premier lieu d'une promotion professionnelle qui va me demander encore plus d'engagement pour mon travail. Et puis, deuxièmement, c'est le triomphe de la liste 7 aux élections récentes. Nous avons quadruplé notre nombre de sièges. Je vais de ce fait devenir président de ce nouveau groupe parlementaire. J'ai envie de pouvoir m'engager pleinement aussi dans cette fonction. Pour me remplacer, je vous invite à élire, Madame Sandra Lo Curto, qui est présente ce soir à la tribune. Beaucoup d'entre vous la connaissent, elle répond à tous les critères du CAF et est très motivée. De plus, elle est multilingue et a un très grand réseau de connaissance à Bienne, au Seeland mais aussi dans la Berne fédérale. Il me semble que son élection n'est pas contestée et qu'elle pourra donc être élue au CAF.

Wahl von Frau Sandra Lo Curto

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Ich gratuliere Frau Lo Curto zur Wahl.
(Applaus)

Nachdem das Geschäft zum neuen Leistungsvertrag für das Veloverleihsystem verschoben wurde, kommen wir zum nächsten Punkt auf der Traktandenliste.

6. 20220301 IT-Arbeitsplatz Stadtverwaltung / Verpflichtungskredit

Torriani Isabelle, CDG: Nous pouvons faire plusieurs constats. Le matériel informatique vieillit. Les logiciels évoluent et nécessitent des appareils plus actuels. Pour que notre Administration puisse continuer de fonctionner, il est nécessaire d'avoir des postes informatiques performants et donc de renouveler les anciens. Nous pouvons donc également constater la nécessité de procéder à ce renouvellement et d'accepter ce crédit d'engagement. Ce crédit ne concerne que l'Administration municipale soit environ 1'200 postes de travail. Le renouvellement des postes de travail des écoles fera l'objet d'un autre crédit d'engagement. Il s'agit d'équiper tous les collaborateurs avec le même matériel standardisé, à savoir des ordinateurs et non plus des tablettes qui ont une durée de vie plus courte. L'acquisition de ce matériel se fait par le biais du contrat cadre du canton de Berne avec le fournisseur Sonio qui a été choisi au terme d'une procédure ouverte d'appel d'offres.

On pourrait craindre que le matériel choisi ne réponde pas simplement aux besoins réels de l'Administration, qu'il soit du luxe. A notre question, le département informatique et logistique a répondu que les collaborateurs ont besoin de PC suffisamment puissants. Le choix s'est porté sur des appareils d'un niveau intermédiaire, c'est-à-dire pas d'entrée de gamme mais pas non plus du plus haut-niveau pour lesquels on conclut une garantie de 5 ans et non de 3 pour plus de durabilité. D'autre part les utilisateurs ont souvent besoin de 2 écrans pour un poste et, dans ce renouvellement, on opte pour une solution avec un seul écran incurvé.

Enfin, pour que le matériel continue à bien fonctionner, les utilisateurs sont obligés de passer du système d'exploitation Windows 10 à Windows 11 qui est déjà sur le marché depuis plusieurs années. Considérant toutes ces observations, la Commission de gestion, à l'unanimité, vous recommande d'accepter ce crédit d'engagement.

Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis: Das Grüne Bündnis dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für den Bericht und die Beantwortung unserer Fragen anlässlich der Informationsveranstaltung. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Geräte am Ende des unterstützten Supports und das heutige Betriebssystem am Lebensende angelangt sind. Sie werden aus gutem Grund ersetzt und nicht, weil neue Modelle oder Versionen gerade im Trend liegen. Wir begrüßen, dass die Einführung der neuen Hardware mit dem neuen Betriebssystem und der neuen Bürosoftware kombiniert werden. Die Migration wird damit insgesamt einfacher und günstiger. Weiter freut es uns zu sehen, dass das Vorhaben einer langjährigen Planung sowie der Berücksichtigung von übergeordneten Vorgaben wie IT-Governance zugrunde liegt. Es geht hier also nicht um eine Hauruckübung nach willkürlichen Vorgaben. Zudem ist es gelungen, nicht selber ausschreiben zu müssen, sondern sich beim Kanton Bern einzuklinken. Auch das dürfte der städtischen Verwaltung viel Arbeit ersparen.

Weniger erfreut sind wir darüber, dass schon wieder erneuert werden muss. Vielfach sind nicht Defekte für die Ablösung verantwortlich, sondern die inzwischen ungenügende Rechenleistung oder das nicht länger mit Updates unterstützte Betriebssystem. Diese Beweggründe sind ärgerlich. Ebenso wenig begeistert sind wir, dass keine Alternativen zu den Microsoft-Produkten erwähnt werden, zumindest hinsichtlich Bürosoftware. Längerfristig hoffen wir, dass zunehmend Anwendungen über zentrale Rechner laufen, so dass nicht ständig Endgeräte wegen fehlender Leistungsfähigkeit ausgewechselt werden müssen. Ungeachtet dieser Punkte werden wir dem Geschäft zustimmen.

Dem Antrag des PSR werden wir mehrheitlich nicht zustimmen. Wir sehen keinen grossen Mehrwert in einem Zwischenbericht nach zwei Jahren bei einem Ablöseprozess mit mehrheitlich wenig riskanten Standard-Produkten.

Boly Kady, au nom du Groupe PSR: Je vais, en premier lieu, justifier la demande d'amendement que nous avons faite. Le montant demandé est de 4.5 mio. fr. Il s'agit d'un montant conséquent et il ne couvre qu'une partie des appareils à changer puisqu'il s'agit uniquement des postes de travail de l'Administration. En effet, une autre demande de crédit sera déposée prochainement pour les postes de travail des écoles qui vraisemblablement sera aussi d'un montant d'environ 5 mio. fr.

Il s'agira donc en tout d'environ 10 mio. fr. que la Ville va dépenser pour les postes de travail durant la prochaine législature. Au vu des montants engagés mais aussi de la situation financière de la Ville, nous estimons important que le Conseil de ville soit informé de l'évolution du projet mais aussi de la satisfaction des utilisateurs.

Un rapport intermédiaire permettrait donc de faire le point en cours de réalisation. Cela nous semble raisonnable d'obtenir des précisions utiles ou de se rendre compte de l'avancée du renouvellement des postes de travail de l'Administration. Pour toutes ces raisons, nous demandons que le projet d'arrêté soit complété avec un point supplémentaire, un rapport rendant compte de l'avancement du projet avec les chiffres clés, un inventaire du matériel concerné par le projet et un questionnaire de satisfaction des collaborateurs. Merci donc de soutenir cette demande d'amendement.

Beaucoup de discussions ont eu lieu dans notre Groupe. Nous sommes bien d'accord de l'importance d'avoir des outils de travail fonctionnels, de bonne qualité et avec toute la sécurité requise pour l'Administration. Les réflexions que nous avons eu ont porté sur les questions suivantes : ne peut-on pas réaliser le projet avec un budget plus modeste ? Nous avons besoin de bons appareils mais pas forcément de ceux qui sont les plus chers.

Les vieux appareils peuvent être remis à neuf et réutilisés au sein de l'Administration. Est-ce que cela a été envisagé ? La durée de vie des écrans étant plus longue que celle d'un ordinateur, n'aurait-on pas pu prévoir à la baisse le nombre d'écrans à remplacer ? Donc, comme nous l'avons dit précédemment, la demande de crédit d'engagement n'est pas remise en cause mais nous souhaitons, en revanche, avoir les meilleurs suivis de l'avancée du projet et des précisions sur comment le financement est utilisé. Merci pour votre attention.

Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO: Wir haben das Geschäft geprüft und auf unsere Fragen sehr befriedigende Antworten erhalten. Wir werden dem Geschäft zustimmen.

Feurer Beat, Finanzdirektor: Ich habe bereits bei der Präsentation vor der GPK und den Stadtratsfraktionen gesagt, dass es vorliegend nicht um ein politisches, sondern

um ein technisches Geschäft geht. Worum geht es im Antrag des PSR? Es ist mir auch nach der Wortmeldung der Vertreterin des PSR nicht klar, was das Ziel des Zwischenberichts sein soll. Nach einem Zwischenbericht stellt sich die Frage, was damit passieren soll. Wenn wir beispielsweise feststellen, dass einzelne Mitarbeitende den Wechsel auf Windows 11 nicht so toll finden, was würde dann der Gemeinderat mit dieser Information machen? Eine Rückkehr zu Windows 9 ist nicht möglich. Was könnte der Stadtrat mit einem solchen Zwischenbericht machen? Er kann keinen entsprechenden Beschluss fassen und den Gemeinderat mit der Umsetzung beauftragen. Das wäre nicht sinnvoll und nicht zielführend und zudem nicht stufengerecht. Wir haben eine Gewaltentrennung und die würde hier durchbrochen.

Wir haben an der Ausschreibung des Kantons partizipiert. Gegenstand des Ausschreibungsverfahrens ist, eine möglichst wirtschaftliche und ergonomische Lösung zu finden. Es gibt noch weitere Kriterien, die eine Rolle spielen, aber wichtig ist, dass wir die Mitarbeitenden nach einheitlichen Kriterien ausstatten. Jede/n mit individuellem Material auszurüsten, ist nicht das Ziel. Vor diesem Hintergrund ist es aus unserer Sicht nicht erstrebenswert, eine Mitarbeiterbefragung durchzuführen. Bisher haben wir das bei solchen Anschaffungen noch nie gemacht. Der Gemeinderat kann über den Stand der Umsetzung informieren, wird aber sicher nicht irgendwelche Anschaffungsstrategien mittendrin wechseln. Ich mache darauf aufmerksam, dass solche Berichte kostspielig sind und die Projekte zusätzlich verteuern. Unter Einbezug dieser Überlegungen empfehle ich Ihnen, dem Antrag des PSR nicht zuzustimmen. Vielen Dank.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion PSR, nach zwei Jahren mit einem Zwischenbericht über das Vorankommen des Projekts sowie den Zufriedenheitsgrad der Nutzerinnen und Nutzer zu informieren.

Der Antrag wird abgelehnt.

Der **Stadtrat** von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2024, gestützt auf Art. 39 Absatz 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst mit 36 JA-Stimmen, ohne Gegenstimme und bei 2 Enthaltungen**, vorbehältlich des fakultativen Referendums:

1. Er genehmigt für das Projekt «IT-Arbeitsplatz Stadtverwaltung» den Verpflichtungskredit Nr. 28010.2020 in der Höhe von CHF 4'600'000.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen sowie Mehrkosten in Folge der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, die den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.

7. 20240275 Parzelle 440 / Einräumung einer Dienstbarkeit (sog. unselbständiges Baurecht) für Provisorien kantonaler Schulen

Scheuss Urs, GPK: Das vorliegende Geschäft kommt ein wenig technisch daher, aber es hat eine Vorgeschichte. Ich werde den Kontext näher ausführen, denn der Bericht des Gemeinderates macht dazu lediglich Andeutungen. Dazu werde ich die Redezeit vielleicht etwas strapazieren müssen, aber meine Ausführungen sind nötig, damit diese Informationen als Ergänzung zum Bericht im Protokoll schriftlich festgehalten werden. Die Parzelle 440 ist vielleicht einigen von Ihnen noch in Erinnerung. Am 15. Dezember 2021 hat der Stadtrat dem Kauf dieses Grundstücks für CHF 12,09 Mio. inklusive Notar- und Grundbuchgebühren zugestimmt. Die Stimmberechtigten stimmten dem Kauf am 13. Februar 2022 mit 77,5% Ja-Stimmenanteil ebenfalls zu. Bereits damals war bekannt, dass der Kanton die Parzelle für eine Zwischennutzung für Schulraumprovisorien nutzen möchte und darum geht es jetzt.

Der Kanton wird in den nächsten Jahren verschiedene seiner Schulgebäude in Biel sanieren. Es handelt sich um das Berufsbildungszentrum (BBZ) an der Wasenstrasse, die Pädagogische Hochschule, die BBZ-Brückenangebote am Scheibenweg sowie die Berner Fachhochschule BFH, Architektur, Holz und Bau an der Solothurnstrasse. Der Kanton benötigt während den Sanierungen Ersatzschulraum. Gerne hätte er dafür das ehemalige Gymnasium an der Alpenstrasse genutzt. Dieses hat die Stadt Biel aber vom Kanton gemietet und nutzt es selber als Schulhaus. Für die Stadt Biel kommt es daher nicht in Frage, dieses Schulhaus dem Kanton als sogenannte Wechselstellung zu überlassen. Die Lösung besteht nun darin, dem Kanton die Parzelle 440 im Bözingenfeld für die Schulraumprovisorien zur Verfügung zu stellen. Dafür wurde mit dem Kanton ein Dienstbarkeitsvertrag ausgehandelt, der den Sitzungsunterlagen beiliegt. Der Kanton plant vier dreigeschossige Bauten in Holzbauweise mit ökologischen und kreislauffähigen Materialien und einer Photovoltaikanlage auf den Dächern. Zudem ist vertraglich geregelt, dass die Gebäude dem Wärmeverbund Bözingen-Ost angeschlossen werden. Der Grosse Rat wird im Frühjahr 2025 über das Projekt befinden. Das heisst, alle Abmachungen, auch unsere allfällige Zustimmung heute gelten unter Vorbehalt der Zustimmung des Kantonsparlaments. Soweit zur Ausgangslage.

Im vorliegenden Beschlussentwurf geht es nun darum, dem Kanton ein sogenannt unselbständiges Baurecht für 12 Jahre einzuräumen. Diese Dauer kann um 15 Jahre verlängert werden. Ein unselbständiges Baurecht wird im Grundbuch als Dienstbarkeit eingetragen und kann nicht übertragen werden. Zudem erhält der Gemeinderat die Kompetenz, im Falle einer Verkleinerung der belasteten Fläche einen Nachtrag zum Dienstbarkeitsvertrag abzuschliessen.

In der GPK wurden verschiedene Punkte diskutiert, welche im Bericht teilweise nicht erwähnt aber wichtig sind. So hat der Grosse Rat am 8. Juni 2022 die Verpflichtungskredite für den Baurechtszins und die Projektierung für die Wechselstellung genehmigt. Wichtig zu erwähnen ist, dass ursprünglich nebst den Schulhäusern auch ein Sporthallenprovisorium geplant war. Mit dem Bau der Multisporthalle hat sich aber die Möglichkeit ergeben, dass der Kanton diese mitbenutzt und auf ein Provisorium für den Schulsport verzichtet. Entsprechend hatte der Grosse Rat den Verpflichtungskredit gekürzt. In der Debatte im Grossen Rat war die Rede davon, dass in diesem Fall nicht die gesamte Parzelle benötigt wird, die Fläche verkleinert und der Baurechtszins reduziert werden kann. Der zuständige Regierungsrat, Christoph Neuhaus unterstützte diese Idee im Grossen Rat. Das erklärt ein wenig, weshalb im Dienstbarkeitsvertrag unter Ziffer 2,1 und im Beschlussentwurf

die Möglichkeit der Verkleinerung der Fläche erwähnt wird. Gemäss Auskunft des Finanzdirektors gegenüber der GPK ist aber eine Flächenverkleinerung nicht vorgesehen. Wir werden dann nächstes Jahr sehen, was der Kanton beschliesst, denn gemäss Dienstbarkeitsvertrag kann er die Verkleinerung der Fläche verlangen, wenn diese mindestens 1'500 m² umfasst.

Der Baurechtszins ergibt sich bekanntlich aus dem Landpreis. Dieser beträgt CHF 440 pro m², woraus sich ein jährlicher Baurechtszins von CHF 153'718.40 ergibt. Wer sich an den Landkauf erinnert, weiss vielleicht noch, dass der Landpreis damals CHF 950 pro m² betrug, also mehr als das Doppelte. Wie kommt es zu dieser deutlichen Reduktion des Landpreises? Im Wesentlichen gibt es drei Gründe. Wie im Bericht erwähnt, liegt das Grundstück in einer Wohnzone. Da keine Wohnnutzung geplant sind, orientiert sich die Bemessung des Landpreises am Landpreis der Arbeitszone im Bözingenfeld. Zudem ist der Grund für die Nutzung ein Schulraumprovisorium. Dieses ist eine öffentliche Nutzung und nicht gewinnorientiert. Schliesslich ermöglicht die Nutzung der Parzelle 440, dass die Stadt Biel den vom Kanton angemieteten Schulraum an der Alpenstrasse behalten kann. Im Bericht wird erwähnt, dass der Kanton vorsieht, das Gebäude der Stadt Biel im Baurecht abzugeben. Insofern ist gerechtfertigt, dass die Stadt dem Kanton beim Baurechtszins für die Parzelle 440 entgegenkommt.

Die GPK hat ausserdem die Gebäude, die der Kanton erstellen wird, thematisiert. Da es sich um Provisorien handelt und diese von der Bauqualität her nicht für einen längeren Gebrauch geeignet sind, ist vorgesehen die Gebäude wieder zurück zu bauen. Aus ökologischer Sicht ist das sicher nicht erfreulich, auch wenn für die Bauten kreislauffähige Materialien verwendet werden. Da der Kanton baut, können wir aber darauf keinen Einfluss nehmen. Gemäss Auskunft des Finanzdirektors hat die Stadtverwaltung derzeit nicht die Absicht, die Gebäude nach Ende des Baurechts zu nutzen. Im Bericht wird lediglich angedeutet, dass eine spätere Wohnnutzung weiterhin möglich sein wird. Eine Abgabe im Baurecht zum Landpreis, den die Stadt seinerzeit für das Grundstück bezahlt hatte, würde übrigens bei gleichem Zinssatz jährliche Einnahmen an Baurechtszinsen von über CHF 300'000 ergeben.

Mit etwas Befremden hat die GPK zur Kenntnis genommen, dass der Dienstbarkeitsvertrag bereits am 7. Dezember 2021, also vor der Debatte im Stadtrat und der Volksabstimmung abgeschlossen wurde. Das heisst, der Stadtrat und die Stimmbevölkerung hätten schon vor der Abstimmung über die Vereinbarung und deren Bedingungen mit dem Kanton informiert werden können. Wegen den Fristen flossen diese Informationen damals nicht in Bericht und Botschaft ein. Gegen eine mündliche Information des Gemeinderats hätte aber nichts gesprochen.

Das Geschäft weist einige Unebenheiten auf und die Geschichte ist mit dem heutigen Beschluss sicher nicht abgeschlossen. Alles in allem erscheint das Projekt jedoch als guter Deal für die Stadt Biel. Mit diesen Bemerkungen empfiehlt die GPK dem Stadtrat einstimmig, der Vorlage zuzustimmen.

Wendling Cécile, Fraktion FDP: Für die Steuerzahler ist es zum Schreien. An sich wurde ein wertvolles Grundstück erworben und jetzt wird es unter seinem Wert im Baurecht abgegeben. Wir haben vom Sprecher der GPK gehört, dass der Vertrag bereits vor der Volksabstimmung abgeschlossen wurde, die Stimmbürger aber nicht darüber informiert worden sind. Sind wir ehrlich, die Provisorien werden langfristig stehen bleiben.

Warum stimmt die Fraktion FDP gleichwohl der Einräumung des Baurechtes an den Kanton zu? Es braucht den Bildungsraum und im Rahmen der Schulraumplanung ergibt das Geschäft eben doch Sinn.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Als wir über den Kauf der Parzelle debattierten, wurde über die zukünftige Nutzung informiert. Nun liegt das Geschäft vor und die Fraktion Grünes Bündnis wird diesem zustimmen.

Wir haben ebenfalls über den tiefen Baurechtszins diskutiert. Unserer Meinung nach ist dieser für die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinde wichtig. Die Stadt Biel und der Kanton Bern sind beides staatliche Instanzen mit dem Auftrag, genügend Schulraum sicherzustellen. Wir haben auch über die Architektur der Gebäude diskutiert. Ich persönlich habe Mühe damit, dass so grosse Gebäude nur provisorisch für rund 12 Jahre erstellt werden sollen. Wenigstens wird auf eine provisorische Turnhalle verzichtet, weil die Multisporthalle, die ja gleich nebenan entsteht, mitbenutzt werden soll. Die Möglichkeit, die Gebäude zurück zu kaufen und damit längerfristig zu nutzen, hat mich aber beruhigt, ebenso die mögliche Verkleinerung des Grundstücks. Der Grosse Rat hat dazu das letzte Wort, wenn ich mich nicht irre.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO wird dem Geschäft einstimmig zustimmen. Im Unterschied zu Frau Wendling sehen wir für die Steuerzahler einen wesentlichen Gewinn, sogar eine Win-Win-Situation. Wir BielerInnen bezahlen schliesslich auch Steuern im Kanton, auch wenn dieser jetzt vom vorliegenden Geschäft profitiert. Ein Wegzug aus der Alpenstrasse würde die Stadt auch etwas kosten. Schlussendlich spart der Kanton durch die Mitbenutzung der Multisporthalle. Diese wurde ja ebenfalls mit Steuergeldern finanziert. Die Nutzung der Parzelle 440 durch den Kanton ist von Vorteil. Wir haben dadurch über eine bestimmte Dauer Zinseinnahmen. Auch wenn diese unter dem Wert einer Wohnzone liegen, haben wir dennoch einen Partner. Die Steuerzahler von Kanton und Stadt Biel können nur gewinnen.

Roquet Hervé, au nom du Groupe PSR: Notre Groupe soutient l'octroi de cette servitude qui représente une solution pragmatique et nécessaire pour permettre au Canton de poursuivre l'assainissement progressif de ces bâtiments scolaires à Bienne. Nous saluons cette solution négociée avec le Canton qui permettra à la Ville de Bienne de continuer à utiliser le collège de la Rue des Alpes. Le prix n'est peut-être pas si intéressant que ça mais, comme l'a souligné mon collègue Martin Wiederkehr, il y a plein d'autres avantages qui doivent être pris en compte quand on regarde l'intérêt que va payer le Canton pour cette surface? Cependant, nous ne pouvons passer sous silence une contradiction écologique majeure.

Il est prévu que ce bâtiment dit provisoire puisse quand même rester en place et être utilisé entre 12 et 27 ans avant un démantèlement complet à la fin de la servitude. Bien que les bâtiments soient conçus dans le respect des normes écologiques, cette perspective de démantèlement représente un gaspillage de ressources et d'énergie grise qui n'est pas cohérent avec les objectifs climatiques ambitieux de notre ville.

Nous appelons donc le Conseil municipal, même s'il est peut-être un peu tard, à anticiper dès maintenant cette échéance et à utiliser son influence auprès du Canton pour que ces constructions se fassent de manière à être utilisables et réutilisables sur le long terme, par exemple en envisageant les possibilités de reconversion de ces bâtiments pour d'autres usages à la fin de la servitude. Nous vous remercions d'accepter la création de cette servitude.

Feurer Beat, Finanzdirektor: Inhaltlich äussere ich mich nicht mehr zum Geschäft. Sie haben alle Fakten ausführlich und genau dargelegt. Ich danke der GPK für die gute Aufnahme des Geschäfts und komme zum Punkt, den Sie, Herr Roquet, erwähnt haben: Klar ist, dass wir nicht für den Kanton sprechen können. Wir wissen nicht, was er für Pläne hat. Der Kanton ist gross und hat grosse Bedürfnisse an Schulraum, auch andernorts. Nicht nur für Schulraum, sondern auch für andere Gebäudenutzungen muss er provisorische Lösungen finden. Unter diesen Voraussetzungen können wir, denke ich, davon ausgehen, dass der Kanton die Bauelemente weiterverwenden wird. Die Elemente können abgebaut und an einem anderen Ort wiederaufgebaut werden. Wer weiss, vielleicht sind wir in der Stadt Biel in 12 oder 27 Jahren auch so weit, dass wir Provisorien benötigen und sogar diese Bauelemente übernehmen können. Wir haben jedoch im Moment keine Anhaltspunkte dafür. Ich möchte jetzt nicht den Anschein erwecken, dass wir diesbezüglich mehr wissen.

Abstimmung

Der **Stadtrat** von Biel beschliesst nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 18.09.2024, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 lit. c in Verbindung mit Art. 14 Abs. 1 lit. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), mit **42 Ja-Stimmen einstimmig** und vorbehältlich des fakultativen Referendums:

1. Die Einräumung einer Dienstbarkeit (sog. unselbständiges Baurecht) zu Gunsten des Kantons Bern auf Biel/Bienne-Grundbuchblatt Nr. 440 gemäss Vertrag vom 7. Dezember 2021, Urschrift Nr. 7180 von Notar Rudolf Meier für die Dauer von 12 Jahren ab Grundbucheintrag mit einem festen Jahreszins von CHF 153'718.40 und einer allfälligen Verlängerung um maximal 15 Jahren. Der Kapitalwert der Einräumung der Dienstbarkeit für die maximale Dauer beträgt CHF 4'150'396.80. Die entsprechende Beschlussfassung seitens des Kantons Bern bleibt vorbehalten.
 2. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird insbesondere ermächtigt den Nachtrag zum Dienstbarkeitsvertrag im Falle einer Verkleinerung der belasteten Fläche abzuschliessen. Er wird ermächtigt, diese Kompetenz an die zuständige Direktion zu delegieren.
-
8. **20240190 Dringliches Postulat Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO, «Mit der Umnutzung von Gebäuden im Verwaltungsvermögen in städtischen Wohnungen die Sanierung des städtischen Immobilienparks finanzieren»**

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und Punkt 1 als erfüllt abzuschreiben.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Meier Julian, Fraktion SP/JUSO: Mit dem städtischen Wohnungsbau kann die Stadt nicht nur ihre finanzielle Situation nachhaltig verbessern, sondern und vor allem auch bezahlbare und attraktive Wohnungen anbieten und damit unsere Stadt langfristig gestalten. Ich denke, dies ist ein zentraler Punkt des städtischen Wohnungsbaus. Wir begrüssen deshalb den Antrag des Gemeinderats, Punkt 2 bis 4 des vorliegenden

Postulats erheblich zu erklären. Die Fraktion SP/JUSO ist jedoch der Meinung, dass der Gemeinderat das Anliegen in Punkt 1 nicht aufgenommen hat und dieser deshalb nicht als erfüllt angesehen werden kann. Insbesondere mit der Formulierung «wo nötig und möglich» wird dem Anliegen nicht ausreichend Rechnung getragen. Die Überführung in das Finanzvermögen ist zwar korrekt, bedeutet aber nicht, dass dem Anliegen, die städtischen Liegenschaften für den Wohnungsbau zu nutzen, auch wirklich nachgekommen wird. Ausserdem betrifft dies Punkt 2. Es ist ja gerade das Ziel, insbesondere von Punkt 1, sicherzustellen, dass diese Liegenschaften generell für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen und nicht nur dann, wenn es gerade passt.

Wir erwarten vom Gemeinderat eine klare Haltung zugunsten des städtischen Wohnungsbaus als nachhaltige Investition in unsere Stadt mit einer langfristigen Nutzung. **Wir beantragen, alle 4 Punkte erheblich zu erklären.**

Weber Philippe, au nom du Groupe Alliance verte: Notre groupe rejette également la proposition du Conseil municipal de radier du rôle le point 1 de ce postulat et soutient l'adoption des points 2 à 4 comme proposé par le Conseil municipal.

Nous estimons aussi que l'argument des postulants de ne pas radier le point 1 est correct. Le Conseil municipal ne répond pas à la question en disant qu'il est réalisé, il ne suffit pas de dire que des immeubles du patrimoine administratif seront attribués au patrimoine financier et de renvoyer à des modifications ultérieures hypothétiques du plan de zone, cela ne répond pas à la question posée.

La question posée, c'est celle de l'affectation des bâtiments publics pour le logement. Il revient donc au Conseil municipal dans sa stratégie immobilière d'examiner la faisabilité de la reconversion des bâtiments communaux en immeubles de logement et de déterminer les mesures nécessaires pour atteindre ce but. Sans prendre en considération cet aspect, alors la stratégie immobilière n'en est pas une et donc nous refusons de radier du rôle le point 1 de ce postulat. Un autre aspect nous semble important pour l'élaboration de cette stratégie immobilière. Selon la localisation des bâtiments ou leur qualité intrinsèque, par exemple sur le plan architectural, il ne serait pas forcément possible de convertir l'ensemble du parc immobilier disponible exclusivement en logement. Cette affectation ne se prête pas partout et de façon uniforme sur le territoire communal. Nous souhaitons donc que le Conseil municipal retienne l'opportunité de relier l'examen de la faisabilité de la reconversion des bâtiments aux objectifs de développement urbain désignés dans un concept urbanistique ou un plan directeur de niveau supérieur.

Nous pensons qu'il s'agit d'un bon instrument pour justifier et mettre en œuvre les modifications du plan de zone dont dépendra la reconversion de ces bâtiments. Nous nous attendons à ce que le Conseil municipal apporte aussi des réponses à ce point lors de l'élaboration de sa stratégie. En outre, les efforts de reconversion doivent avoir pour objectif un assainissement du parc immobilier conformément aux exigences en matière de protection du climat et de la biodiversité. À ce stade, il n'apparaît pas que cet objectif ait été pris en compte de façon systématique et comme un point fondamental dans la stratégie immobilière qui structure justement ces mesures de reconversion. Nous souhaitons aussi que le Conseil municipal apporte donc des réponses à ce point lors de l'élaboration de sa stratégie en mettant en place les instruments appropriés pour atteindre cet objectif. En conclusion, notre groupe rejettera la proposition de radier du rôle le point 1 et adoptera les autres points conformément à la proposition du Conseil municipal.

Feurer Beat, Finanzdirektor: Punkt 1 wird aus unserer Sicht bereits wie gefordert gehandhabt. Wir haben einerseits das Verwaltungsvermögen und andererseits das Finanzvermögen. Dort wo eine Liegenschaft nicht mehr den Zwecken der Verwaltung dient, weisen wir sie formell dem Finanzvermögen zu. Es ist nicht die Absicht des Gemeinderates, diese Liegenschaften zu veräussern. Sie sollen wo das möglich ist – und das ist nicht überall der Fall – als Wohnraum genutzt werden. Ich denke, hier haben wir eine unterschiedliche Sicht auf die Dinge. Die Stadtverwaltung erwirbt Liegenschaften teilweise weil sie damit städteplanerische Anliegen umsetzen möchte, beispielsweise um Arrondierungen zu ermöglichen. Das kann bedeuten, dass eine Liegenschaft ausgetauscht wird. Wir haben das in der Vergangenheit mit einem privaten Investor gemacht. Diese städteplanerischen Überlegungen sollen aus Sicht des Gemeinderats auch in Zukunft möglich sein. Der Gemeinderat ist übrigens auch der Auffassung, dass dies dem Grundanliegen der Postulanten durchaus dient.

Der Gemeinderat ist nicht der Meinung, dass er Liegenschaften im Finanzvermögen ohne städteplanerische Verwendung leer stehen lässt oder, und das ist ja eigentlich die Befürchtung, diese veräussert. Sie erinnern sich, dass in der Vergangenheit wenige einzelne Liegenschaften veräussert wurden. In aller Regel ist das nicht der Fall.

Wenn Sie das so eng sehen, wie Sie es soeben dargelegt haben, muss ich davon ausgehen, dass der Gemeinderat in Zukunft keine städteplanerischen Überlegungen mehr machen darf. Er soll jedes Stück Land für Wohnungsbau einsetzen. Es ist schade, wenn das so gedacht wäre. Ich bitte Sie, darüber nachzudenken, was Sie mit der Aufrechterhaltung von Punkt 1 vom Gemeinderat fordern.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SP/JUSO, das Postulat erheblich zu erklären.

Der Antrag wird angenommen.

- über den Antrag des Gemeinderats, Punkt 1 des Postulats als erfüllt abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat (Punkte 1 bis 4) wird erheblich erklärt.

9. 20240113 Motion Francescutto Luca, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Den Geldsegen aus den Ordnungsbussen aus dem Budget der Stadt Biel streichen.»

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

(Text des Vorstosses und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je suis en désaccord avec la position du Conseil municipal concernant l'inclusion des recettes provenant des amendes d'ordre dans le budget de la Ville. Le principal problème soulevé par la motion est d'ordre éthique. Les amendes ne devraient pas, selon moi, être perçues comme une source régulière de revenus mais plutôt comme un moyen de promouvoir le

respect des lois et des règlements. Les intégrer au budget de manière systématique crée une dépendance financière qui va à l'encontre de leur rôle éducatif et préventif. Cela peut également mener à une tentation pour la Ville de renforcer les contrôles et de maximiser ces recettes, ce qui est contraire à l'état d'esprit même des amendes.

Sur le plan éthique, il est problématique que la Ville compte sur des pratiques punitives pour financer ses activités. La fonction première des amendes est de garantir la sécurité publique et non de combler les besoins financiers de la commune. Les amendes doivent rester un outil exceptionnel et non une ressource budgétaire prévisible. Si la Ville en dépend, trop, cela risque de créer un déséquilibre où l'objectif ne serait plus de prévenir des infractions mais d'augmenter les revenus via des sanctions.

L'idée de redistribuer ces fonds aux associations locales mérite également d'être défendue, contrairement à ce qu'affirme le Conseil municipal. Cela ne reviendrait pas à privilégier un groupe spécifique mais à réorienter ces recettes pour soutenir le tissu associatif local qui joue un rôle crucial dans le développement de la communauté. Cela permettrait de garantir que les amendes profitent à l'intérêt général en finançant des projets concrets qui bénéficient à tous, plutôt que de servir à améliorer directement les finances municipales. Enfin, le respect des principes de transparence et de clarté dans les comptes publics peut tout à fait être maintenu sans inclure les recettes des amendes d'ordre comme un revenu régulier. Il serait plus sain et cohérent d'envisager un modèle budgétaire où ces recettes ne sont pas considérées comme une source prévisible car cela irait dans le sens d'une gestion plus éthique et responsable des finances publiques.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO unterstützt die vorliegende Motion nicht. Wie der Gemeinderat schreibt, sind die Einnahmen aus Ordnungsbussen im Budget aufzuführen. Der Kanton gibt klare Vorgaben ohne Spielraum. Einen ungefähren Betrag der Einnahmen, der sich jeweils an den letztjährigen Einnahmen misst zu budgetieren, ist sinnvoll.

Die Fraktion SP/JUSO wird dem Gemeinderat folgen und die Motion in ein Postulat umwandeln, erheblich erklären und als erfüllt abschreiben.

Roquet Hervé, au nom du Groupe PSR: Notre Groupe soutient la proposition du Conseil municipal de transformer cette motion en postulat et de l'adopter, puis de le radier du rôle. Les recettes issues des amendes d'ordre remplissent une double fonction essentielle, participent à la sécurité dans notre espace public tout en contribuant de manière significative au financement du service public. Verser cette manne financière aux associations locales comme le propose l'UDC, réduirait directement les revenus disponibles de la ville, déjà confrontée à une situation financière tendue.

Cette proposition démontre une incohérence manifeste : d'un côté, l'UDC demande des baisses de charges, une rigueur budgétaire et, de l'autre, elle propose des mesures qui affaibliraient encore les recettes de la ville alors qu'elle a accepté le principe 1, c'est-à-dire que toute diminution de charges doit correspondre à une augmentation équivalente des recettes. Transformer ces recettes en un financement destiné à des groupes spécifiques irait à l'encontre du principe d'équité d'intérêt général qui est à la base du service public aussi financé actuellement par ces amendes d'ordre.

En conséquence, nous appelons le Conseil de ville à suivre le Conseil municipal.

Feurer Beat, Finanzdirektor: Herr Francescutto, mir ist nicht klar, um was es Ihnen eigentlich geht. Ich kann durchaus nachvollziehen, dass sich aus ethischer Sicht vielleicht gewisse Fragen stellen. Dem Gemeinderat geht es aber, wie Sie aus der Antwort entnehmen können, nicht um die Frage der Moral oder Ethik. Der Gemeinderat kommt gar nicht darum herum, die zu erwartenden Einnahmen zu budgetieren. Wenn er das nicht macht, unterbreitet er Stadtrat und Volk ein Budget, von dem er weiss, dass eine wichtige Position fehlt. Zudem würde er gegen übergeordnete Bestimmungen verstossen. Das wäre aus ethischer Sicht sicher nicht erstrebenswert.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, schlagen Sie vor, für Busseneinnahmen zusätzliche Ausgaben für spezifische Zwecke vorzusehen. Damit hätten wir, was Herr Roquet aus meiner Sicht berechtigterweise erwähnt hat, ein Problem mit dem 1:1-Prinzip. Dieses haben wir alle unterschrieben und dazu stehen wir alle nach wie vor.

Als ehemaliger Direktor für Soziales und Sicherheit (DSS) weise ich darauf hin, dass ich zu keinem Zeitpunkt politisch unter Druck gesetzt wurde, um im Budget gewisse Zahlen zu erreichen. Sie mögen sich erinnern, dass vor einigen Jahren systematisch zu hohe Bussenerträge budgetiert wurden. Da könnte man sich die Frage stellen, ob das ethisch war. Moralischer oder politischer Druck wurde jedoch nie ausgeübt, die unrealisierbaren Zahlen doch bitte zu erreichen.

Selbstverständlich gibt es andere Massnahmen. Radarüberwachungsanlagen aufzustellen oder mehr Kontrollpersonal anzustellen sind Entscheide, die der Gemeinderat fällt beziehungsweise sogar der Stadtrat. Mit der Frage, ob die Einnahmen daraus budgetiert werden oder nicht, hat das direkt nichts zu tun. Vor diesem Hintergrund empfehle ich dem Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je ne vais pas épiloguer encore longtemps sur ce cas. Pour moi, c'est un problème éthique, je ne vais pas rentrer dans les détails, je n'en ai pas envie. Je comprends ce que vous dites mais sur le fond de l'éthique, quand on voit tout ce qui est budgétisé, je ne peux pas accepter ça mais tant pis. Je ne vais pas vous faire perdre de temps plus longtemps. **Je décide donc finalement d'accepter la proposition du Conseil municipal.**

Rüber Stefan, Grüne: Ich möchte etwas zur Verteidigung der Idee sagen. Nicht weil ich finde, es sei die beste Idee, aber es wurde mehrmals das 1:1-Prinzip erwähnt. Meiner Ansicht nach steht das so nicht in der Abmachung, die wir alle unterzeichnet haben. Wenn ein Stadratsmitglied oder der Gemeinderat eine gute Idee hat, dann darf und soll meines Erachtens auch geprüft werden, ob eine Ausgabe sinnvoll ist, denn sonst würde sich die Stadt ins Abseits manövrieren. Deshalb finde ich, dass in diesem Fall das 1:1-Prinzip nicht bemüht werden kann, um diesen Vorstoss abzulehnen. Ich wäre auch nicht für die Mindereinnahmen.

Feurer Beat, Finanzdirektor: Wie Sie wissen, wurde das 1:1-Prinzip mit allen stadträtlichen Fraktionen vereinbart. Darunter auch die Frage, wie wir damit umgehen, wenn der Gemeinderat oder der Stadtrat wesentliche Mehrausgaben beschliesst. Damals wurde festgehalten, dass es weder den Zielen des Stadtrates noch des Gemeinderates entspricht, wesentliche Mehrausgaben zu beschliessen. Selbstverständlich sind Teuerung und gebundene Ausgaben zu berücksichtigen, aber politisch gewollte Mehrausgaben sollen nicht beschlossen werden. Darüber herrschte eigentlich Konsens. Werden beispielsweise CHF 10 Mio. Mehrausgaben beschlossen, erhöht sich damit das Sanierungsziel um CHF 10 Mio. Damit wären dann CHF 5 Mio.

durch zusätzliche Einnahmen wie Steuererhöhungen zu realisieren und für CHF 5 Mio. Ausgaben zu reduzieren. Es geht selbstverständlich nicht um kleinere Beträge, sondern um wesentliche Punkte. Deshalb habe ich mir erlaubt, das noch einmal zu erwähnen. Die Vereinbarung ist ein wichtiger Teil zur Verbesserung der Finanzsituation.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

10. 20240114 Postulat Maurer Stefan, Fraktion SVP / Die Eidgenossen, «Bessere Ausnutzung der Wasserkraft Nidau-Büren-Kanal / Aare»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Maurer Stefan, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Gründe, dass keine neuen Kraftwerke oder ein Ausbau des bestehenden Wasserkraftwerks geplant sind, erscheinen uns schlüssig. Uns hat jedoch die Abklärung für alternative Kraftwerke, wie beispielsweise ein Schachtwerk, welches vor dem Stauwehr unter Wasser installiert werden könnte, gefehlt. Diese Art von Kraftwerken ist ökologisch sehr gut verträglich und funktioniert auch mit einer geringen Fallhöhe von weniger als einem Meter.

Aus diesem Grund sind wir immer noch der Meinung, dass der Abfluss aus dem Bielersee besser genutzt und damit die Energiesicherheit erhöht werden könnte. Ich akzeptiere aber, dass mein Postulat als erfüllt abgeschrieben wird und bin mit der Beantwortung zufrieden, Merci.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

11. 20240115 Interpellation Maurer Stefan, Fraktion SVP / Die Eidgenossen, «Ausbau Fernwärmenetz Stadt Biel / Müve»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Maurer Stefan, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Wir sind mit der Beantwortung unserer Fragen zufrieden und nehmen davon Kenntnis. Die Preisentwicklung pro Kilowattstunde in den nächsten Jahren zu beobachten und zu analysieren, wird interessant werden.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

12. 20240232 Dringliches überparteiliches Postulat Bord Pascal, PRR, Gerber Andreas, FDP, «Oberes Ried: beenden wir die Zerstörung unseres kulturellen Erbes»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Bord Pascal, PRR: Je remercie le Conseil municipal pour sa courte réponse. Avec l'évolution de la situation, je n'attendais pas une réponse plus complète et je peux m'estimer satisfait. Ce qu'il faut retenir, c'est que le Conseil municipal a manqué pour la deuxième fois de sensibilité par rapport à ce trésor du patrimoine qui est le site du Ried. La famille Robert apparemment n'est pas connue partout.

Le Conseil municipal avait, il y a quelques années, pour projet de raser le Ried du bas. Cette fois-ci, il envisageait de détruire la structure intérieure du Ried du haut. J'espère que ça sera la dernière fois et qu'on pourra envisager une solution pérenne pour conserver ce bien précieux du patrimoine biennois qu'est notre Ried. Il faut saluer derrière le travail de l'association Patrimoine bernois qui vise à corriger certaines erreurs de jugement.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

13. 20240131 Postulat Suter Daniel, PRR, «Kosten der Mahlzeiten in den Betreuungsstrukturen»

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Suter Daniel, PRR: Depuis janvier 2023, notre ville gère en son sein une PME, fondée par décision prise en 2021 et dotée d'un capital de 8,14 millions pour produire et distribuer les repas nécessaires à ces structures d'accueil. Cette entreprise de production et de distribution de repas depuis les produits de base jusqu'au service à table est d'une certaine complexité dont la maîtrise n'est pas a priori du ressort d'une collectivité comme la ville de Bienne.

Complexité encore accrue par le règlement qui fonde l'entreprise et qui exige l'utilisation de produits régionaux, exigences difficilement réalisables, et biologique dont les prix représentent un défi pour la plupart, d'où l'intérêt de suivre l'évolution de cette entreprise de près, notamment sur l'aspect de ses charges de fonctionnement et de leur couverture, ce d'autant plus que dans le cadre de la discussion autour de la construction de la nouvelle école de la Champagne, nous avons appris que l'entreprise pourrait subir une extension par un investissement supplémentaire.

La réponse du Conseil municipal à notre intervention apporte un début de réponse intéressant aux questions qui peuvent se poser au sujet de cette entreprise. Nous apprenons notamment qu'avec le prix unique de 8 francs par repas, la Ville subventionne ces derniers de manière substantielle en 2016 déjà par un montant alors estimé à plus de 850'000 francs, montant qui a semble-t-il, été porté à plus d'1,2 million en 2023. Et cela avec un prix de revient dans les structures d'accueil, calculées à 13,50 fr. et 12,10 fr., ce qui étonnamment bas compte tenu des contraintes imposées. Se pose quand même la question de savoir s'il est juste de demander aux contribuables

de subventionner des repas d'enfants indépendamment de la situation financière de leurs parents, comme le prévoit l'ordonnance du Conseil municipal. À noter aussi que l'équilibre relatif des comptes de la cuisine de production démontré en 2023 n'est pas encore toute la vérité puisque l'écart se creuse dans les structures d'accueil. Selon ces comptes, chaque repas fourni à ces structures rapporterait à la cuisine en moyenne environ 9,15 fr., alors qu'un prix fixe de 8,34 fr. serait de rigueur. La question ayant récemment été posée, on aura peut-être une réponse tout à l'heure.

Enfin, il est vrai que l'adoption de 4 mesures substance 2030 proposées par l'exécutif en 2022 dans ce contexte aurait permis d'améliorer un tant soit peu les comptes des structures d'accueil par l'introduction de nouveaux émoluments pourtant modestes puisque, en réalité, la gratuité n'existe pas. Le refus d'appliquer ces mesures n'est toutefois qu'un des épisodes qui ont conduit au naufrage de tout ce programme d'assainissement financier alors en discussion.

Nous remercions le Conseil municipal pour l'adoption de ce postulat et restons dans l'attente de la suite avec l'éventuelle extension de l'entreprise à l'école de la Champagne.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis: Ich danke dem Gemeinderat für die aufschlussreiche und interessante Beantwortung des vorliegenden Postulats. Daraus wird ersichtlich, dass die effektiven Kosten für die Mahlzeiten nur sehr wenig über den Elternbeiträgen und Beiträgen des Alterszentrums Redern von CHF 8 liegen. Das Essen für die Bewohner des Alterszentrums wird auch dort produziert. Der Aufwandüberschuss beträgt lediglich CHF 23'000. Das ist umso erstaunlicher, weil hohe Energiekosten und Teuerung anfielen. Nach der Anfangsphase der Umsetzung der Produktionsküche ist das Ergebnis für mich ein gutes Zeichen für die Zukunft. Wer die Küche einmal besucht hat, was ich jedem empfehlen kann, wird sehen, wie effektiv und wirtschaftlich dort gearbeitet wird. Am Anfang braucht es Zeit bis ein solches Projekt eingespielt ist. Der ganze Einkauf und die gesamte Organisation ist eine Riesemaschinerie, aber sie funktioniert sehr gut. Da muss ich auch dem Leiter dieser Institution ein Kränzchen winden.

Die Antwort zeigt, dass die ergänzenden Kosten für die Betreuung in den Tagesschulen und Kitas nicht Teil der Gesamtrechnung sind. Damit erhalten wir eine klare Übersicht. Vorher waren die Kosten auf verschiedene Kostenstellen verteilt. Ich gehe davon aus, dass in Zukunft die Produktionskosten der Mahlzeiten eher noch sinken werden. Ich bin zuversichtlich, dass dieses Projekt Schule macht. Es ist immer noch eine Reserve von 68'000 Mahlzeiten vorhanden, die wahrscheinlich irgendwann ausgeschöpft wird. Darum braucht es die Produktionsküche im Schulhaus Champagne.

Meier Julian, Fraktion SP/JUSO: Dieses Projekt ist schon jetzt eine Erfolgsgeschichte und ein Vorzeigeprojekt. Qualitativ hochwertige Nahrungsmittel für unsere Kinder können wir nicht hoch genug schätzen. Die Preise sind politisch gewollt und transparent ausgelegt. Transparenz ist bei einem derartigen Projekt natürlich wünschenswert. Wir werden deshalb dem Antrag des Gemeinderats folgen und das Postulat erheblich erklären.

Sutter Liane Sina, Fraktion FDP: Ich habe selber eine Kita aufgebaut und leite diese seit sieben Jahren, weshalb ich mich ein bisschen mit dem Thema auskenne. Die Baukommission Champagne prüft die Möglichkeit zur Erweiterung der Produktionsküche im Neubau. Ziel ist es, dem Mengenwachstum mit einer effektiven und effizienten Produktion zu begegnen. Für CHF 8 pro Tag pro Kind geht das aber

tatsächlich nicht. Ich kann der Baukommission gerne ein paar Zahlen mit auf den Weg geben. Ich bitte Sie, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären, damit es intensiv geprüft werden kann.

Die Mahlzeiten könnten dezentral zu geringeren Kosten in besserer Qualität angeboten werden. Konkret erhöhen sich die Kosten zulasten der Stadtkasse mit der Grossküche, der komplizierten Verteilung und der Wiederaufbereitung gemäss den Zahlen des Gemeinderates auf über CHF 1,2 Mio. Dezentral könnten die Mahlzeiten bedürfnisorientierter punkto Allergien, Geschmack und Gewohnheiten der Kinder und Jugendlichen produziert werden. Mit saisonalen Gerichten und lokalen Einkäufen würde viel weniger Food Waste befallen und wir könnten die bestellte Menge den konsumierenden Kindern anpassen.

Die effektiven Kosten sind eigentlich noch höher, denn die Liegenschafts- und Betriebskosten der Kitas und Tagesschulen sind nicht eingerechnet. Wenn wir diese Kosten dazu rechnen, würde ein Defizit von über CHF 2 Mio. resultieren. Dies für schlechtere Qualität, viel mehr Energieaufwand, Transport und Verkehr und Unmengen entsorgter Lebensmittel, die grösstenteils gar nicht regional und schon gar nicht saisonal produziert werden können.

Gonzalez Bassi Glenda, Directrice de la formation, de la culture et du sport: Le Conseil municipal n'est pas particulièrement préparé pour la réponse chiffrée et j'en suis désolée. J'ai reçu quelques questions de Monsieur Suter à ce propos encore ce matin, et je n'ai pas eu le temps dans la journée d'obtenir les résultats exacts, mais nous sommes en train d'y travailler. Comme vous l'avez dit, Monsieur Suter on parle ici d'une entité de production qui est importante, mais vous dites une PME. Je corrige, nous avons trois PME face à nous. Nous avons la cuisine de production, nous avons les crèches et nous avons les écoles à journée continue qui sont les trois dans leur comptabilité autonome et qui ont des facturations les unes aux autres. C'est-à-dire que la cuisine de production produit les repas à hauteur d'environ 272'000 par année pour l'ensemble des enfants qui fréquentent crèches et écoles à journée continue, lesquelles, à leur tour, facturent aux parents à hauteur de 8 fr. par repas et payent la cuisine de production qui, elle, facture à hauteur des commandes réalisées pour le prix réalisé.

Ce prix estimé dans le business plan de 2016 était à hauteur de 8,38 fr. C'était le prix estimé en 2016, chacun d'entre vous sait à quel point le renchérissement nous a touché, à quel point en 2022, le coût de l'énergie nous a touché, ainsi que les coûts liés à la météo désastreuse. Nous avons eu une année de sécheresse en 2023, nous avons cette année une année diluvienne. Donc l'un dans l'autre, cela a un impact important sur les productions et aussi, si vous faites vos propres courses, sur le prix des marchandises. La cuisine de production n'est pas épargnée par les prix des denrées alimentaires ni par l'augmentation des coûts d'énergie.

Donc, le coût indicatif à 8,38 fr. au départ a été majoré effectivement et nous arrivons aujourd'hui à un prix réel de production qui est plus élevé que celui qui avait été mentionné au départ. On est aujourd'hui effectivement autour de 9,12 fr. pour 2024, mais dans le cadre des calculs que vous avez faits, on est effectivement dans la fourchette et vous avez raison, on a un delta qui a grandi. La raison est la suivante. On a un delta par rapport au coût de 2016 qui était, vous l'avez dit aussi, déjà un coût des repas subventionné, mais très difficilement estimable parce que nous avons des productions localisées dans différentes crèches. Ce n'était pas comparable, certaines crèches faisaient les repas elles-mêmes, d'autres commandaient au SV Group à Bâle,

d'autres encore commandaient entre elles. On avait une multiplicité de manières de produire et de faire manger les enfants qui ne permettait pas la comparaison, mais surtout aucune transparence des coûts réels. Pourtant, le prix pour les parents était le même partout. Aujourd'hui, nous avons un système qui nous permet d'être transparents sur les coûts. On vous les a présentés et on est en train d'établir un rapport d'activité qui sera encore plus transparent, mais nous avons aussi une capacité à estimer tous les coûts, y compris les coûts de livraison, y compris les coûts de vélo. J'ai entendu dire que la Ville s'était imposé ce système de production. C'est faux. La Ville a fait un appel d'offres auquel seules 2 entreprises ont répondu. L'une n'était pas en mesure de garantir la production dans ce volume-là et la seconde n'était pas capable de garantir un prix au-delà des deux ans et ne nous assurait pas les volumes si les volumes augmentaient. Pour information, nous sommes aujourd'hui à 60'000 repas de plus que dans le plan initial.

Donc, on n'aurait de toute façon pas eu la possibilité de fonctionner avec les 2 entreprises privées qui ont répondu à notre appel d'offres. C'est la raison pour laquelle la Ville a dû créer cette cuisine de production et monter ce projet pour permettre à nos enfants d'avoir des repas à midi selon le règlement, je vous le rappelle, imposé par une votation populaire.

Donc, nous avons ce règlement qui est très contraignant, qui impose effectivement une alimentation locale, biologique et de saison. Nous nous y soumettons, mais personne dans le secteur privé ne pouvait répondre à ces injonctions qui sont légales, je vous rappelle en cela la valeur d'une initiative populaire votée par le peuple, et de plus qui doivent permettre de financer des repas pour les parents à hauteur de 8 fr. C'était aussi une décision politique du Parlement et du peuple dans le même objet de vote qui fait qu'il n'y a que la ville qui a pu monter ce projet. Aujourd'hui, effectivement, on a un delta qui augmente, qui est dû grandement à l'augmentation du volume. 60'000 repas de plus, avec un delta par repas plus important pour les raisons évoquées, notre déficit a augmenté, c'est vrai. La question qui va se poser, c'est que plus on augmente dans les quantités si on arrive à détenir et à garder les autres variables stables, plus on va réussir à amortir l'ensemble, et c'est-ce sur quoi on comptait en 2016, en 2020, en 2021 l'heure de la votation et encore aujourd'hui. Les impondérables de la météo auxquels on doit une grande partie du renchérissement des coûts ne nous appartiennent pas individuellement mais collectivement. Mais, pour l'instant, nous ne pouvons que vous encourager à poursuivre ce projet et à le soutenir parce qu'il fait ses preuves et de plus, il permet aussi d'injecter dans notre économie locale pratiquement 1,5 mio de fr. de denrées alimentaires pour nos producteurs, ce qui est aussi, au niveau de l'économie locale et des agriculteurs en particulier, quelque chose de très porteur.

Maintenant, Madame Sutter, vous avez évoqué la question de la qualité. Il n'y a pas meilleure qualité que le processus de production Cook and chill. C'est le meilleur système de production qui garantit une meilleure considération et conservation des qualités nutritives de chaque aliment. Au niveau de la qualité ce sont des produits biologiques pour la plupart locaux et de saison. Là encore, vous n'aurez pas de meilleure qualité sur le marché. Cette cuisine de production est la deuxième cuisine la plus grande du canton, la première étant celle de l'hôpital de l'Île. Donc je crois que là on a aussi une assurance qualité qui est très claire. Au niveau des autres aspects que vous avez évoqués concernant la qualité, chaque repas que nous produisons et commandé soit par une responsable de crèche, soit par une responsable de groupe de jeux qui connaissent parfaitement ces enfants. Nous avons des repas halal, végétariens, vegans, avec intolérance au gluten avec intolérance à l'arachide, avec

intolérance aux œufs, avec les allergies. Toutes ces questions sont considérées, parce qu'il y va de la santé et parfois même de la vie de certains enfants. Est-ce que parce qu'un enfant est allergique aux œufs, il n'a pas le droit de manger à l'école à journée continue ? Nous pensons, que non. Donc là aussi ce prix, c'est un prix supplémentaire, mais nous devons l'assumer, je pense, en termes que service public. Et enfin pour le food waste, nous avons là un système de commande qui permet justement de limiter au maximum les déchets alimentaires et nous pesons les quantités. Nous avons un système de production par tranches d'âge qui permet d'avoir un suivi des quantités nécessaires sans envoyer à la poubelle ou les renvoyer à la cuisine de production. Donc, je pense qu'en termes de réflexion, de rationalité et d'efficacité, on peut difficilement faire mieux.

Je vous remercie tout de même d'avoir mené ce débat et nous nous tenons à votre disposition pour des résultats et des chiffres plus précis dans un avenir très proche, je l'espère.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

14. Begründung der Dringlichkeit des Postulats Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte «Finanzielle Risikominimierung 'PARADICE'»

Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis: Es geht um die Risikominimierung von «Paradice». Wir sind in der Wintersaison und deswegen brauchen wir rasch eine Antwort.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

15. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation Roquet Hervé, Fraktion PSR, Sutter Andreas, Fraktion FDP, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO «Mehr Klarheit in der Investitionsplanung und bei der Zunahme der Vorfinanzierungen»

Roquet Hervé, au nom du Groupe PSR: La ville de Bienne devra très probablement prendre des décisions cruciales en matière d'assainissement financier dès 2025 et, dans ce contexte, il est impératif que la planification et l'utilisation des préfinancements soient clarifiées rapidement afin que la discussion qui aura lieu l'année prochaine puisse se baser sur une analyse claire de la situation financière et cette interpellation urgente vise à permettre une prise de décision éclairée avec les échéances critiques à venir.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

16. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis, Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO, Kilezi Ruth, Fraktion PSR «Neue Organisation der Sozialbehörde: Was ist der Stand der Umsetzung?»

Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis: Spätestens am 1. Januar 2025 muss die Organisation der neuen Sozialbehörde stehen. Dem Gemeinderat soll eine beratende begleitende Fachkommission beigestellt werden. Wir haben weder das Organisationsreglement beraten noch Informationen erhalten, ob die Kommission schon Vorarbeiten geleistet hat und wie der Stand ist. Die Dringlichkeit ist dadurch begründet, dass ab 1. Januar 2025 die neue Stadtordnung in Kraft ist und wir so rasch als möglich wissen müssen, wo die Umsetzung steht.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 19.55 Uhr bis 21.00 Uhr

Ordnungsantrag

Francescutto Luca, UDC: Je ne sais pas si Monsieur Müller a signé la feuille de présence, mais je sais qu'il a été présent à peine une minute. Je ne sais pas si un minimum légal de temps est nécessaire pour être considéré comme présent à une séance, mais si quelqu'un vient uniquement pour signer la feuille et rester 30 secondes, je ne suis pas d'accord que son nom figure sur la feuille de présence et qu'il soit payé pour cela.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Ich bitte den Ratssekretär herauszufinden, ob es da Vorschriften gibt.

17. 20240268 Änderung Reglement ESB / Abgaben

Lehmann Caroline, GPK: Im vorliegenden Geschäft beantragt der Gemeinderat eine Anpassung des Reglements des ESB (Energie Service Biel/Bienne; SGR 7.4-2) aus zwei Gründen: Einerseits wurde im Juni 2024 das neue Stromgesetz vom Stimmvolk angenommen, dadurch muss das Reglement ESB angepasst werden. Andererseits hat das Verwaltungsgericht des Kantons Bern im März seinen Entscheid zur geplanten Erhebung von Netznutzungsentgelt in Thun gefällt, der auch unser Reglement beeinflusst. Die Richtlinien im neuen Stromgesetz wurden bereits 2011 als Ziel im Reglement des ESB festgehalten. Zur Förderung und Finanzierung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energiequellen wurden bereits bisher Abgaben erhoben. Die Einnahmen dieser Abgaben wurden in einem Fonds mit entsprechendem Zweck verwaltet und die Abrechnung jedes Jahr dem Gemeinderat vorgelegt. Mit dem neuen Stromgesetz sind neu alle Energieversorgungsunternehmen dazu verpflichtet, Energieeffizienz und erneuerbare Energiequellen zu fördern. Sie dürfen diese Kosten neu direkt den Kundinnen und Kunden verrechnen. Damit für die Bieler Bevölkerung durch das neue Stromgesetz keine doppelte Belastung entsteht, sollen die heutigen Sonderabgaben, welche 2011 eingeführt wurden, gestrichen werden. Diese Änderung erachtet die GPK als sinnvoll und unproblematisch.

Die zweite Anpassung des Reglements schlägt der Gemeinderat aufgrund des Entscheids des Verwaltungsgerichts des Kanton Berns vor. Dieses hat befunden, dass die Erhebung von Netznutzungsentgelt für Elektrizität, wie sie die Stadt Thun geplant hatte, eine unzulässige Zwecksteuer ist. In Biel erheben wir aber bereits eine ähnliche Gebühr auf Gas aus nicht erneuerbaren Quellen. Diese Steuer von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde floss bisher in die Spezialfinanzierung Klimaschutz für Projekte im Bereich Klimaschutz und hat keinen direkten Zusammenhang mit dem Gasverbrauch. Es muss davon ausgegangen werden, dass auch diese Gebühr einer gerichtlichen Prüfung nicht standhalten würde. Deshalb wird vorgeschlagen, diese proaktiv zu streichen.

Um die Einnahmen, die der Stadt dadurch für die Spezialfinanzierung Klimaschutz verlorengehen zu kompensieren, schlägt der Gemeinderat eine Erhöhung der Abgabe für die Nutzung des öffentlichen Grundes im Bereich Gas von 0,2 Rappen pro Kilowattstunde auf 0,7 Rappen pro Kilowattstunde vor. Dabei handelt es sich um eine allgemeine Abgabe, welche von allen Gemeinden erhoben wird. Mit dieser Erhöhung befindet sich die Stadt Biel im nationalen Vergleich im Mittelfeld. Aus Sicht der GPK ist es wichtig, dass die Stadt proaktiv handelt und die bisherige Gebühr auf Gas aus nicht erneuerbaren Quellen aufgehoben wird. Wir begrüssen es ausserdem, dass mit der Erhöhung der Abgabe für die Nutzung des öffentlichen Grundes eine Alternative gefunden wurde. Damit ist es weiterhin möglich, Projekte zum Klimaschutz zu finanzieren, ohne die Bieler Bevölkerung unverhältnismässig zu belasten. Die GPK empfiehlt das vorliegende Geschäft einstimmig zur Annahme.

Meier Julian, Fraktion SP/JUSO: Herzlichen Dank für den guten Bericht und die transparenten Ausführungen am Informationsanlass. Wie gesagt, es geht um zwei verschiedene Punkte. Einerseits wird mit dem Urteil des Verwaltungsgerichts eine Änderung der Abgabe auf Gas nötig, andererseits werden mit der Umsetzung des neuen Stromgesetzes auf Bundesebene Regelungen zur Energieeffizienz hinfällig. Eine Erhöhung der Abgabe erscheint der Fraktion SP/JUSO sinnvoll und angemessen. Da damit aber vor allem die Teuerung ausgeglichen werden soll, ist es mir jedoch sehr wichtig zu betonen, dass diese Änderung nicht zu einem Rückgang der Mittel in der Spezialfinanzierung führen darf. Gerade heute, wo Massnahmen gegen die Auswirkungen des Klimawandels in der Stadt immer wichtiger werden, wäre diese Entwicklung höchst problematisch. Mit dem Formulierungsvorschlag für die Umsetzung der Stadtklimainitiative sollte dies aber nicht der Fall sein. Die Fraktion SP/JUSO wird dem Gemeinderat folgen.

Maurer Stefan, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Wir sind sehr erstaunt darüber, dass die Abgaben für Energieeffizienz gemäss dem Verwaltungsgerichtsentscheid bezüglich der Stadt Thun scheinbar auch für die Stadt Biel nicht rechtmässig sein könnten. Es stellt sich die Frage, ob die nötigen Abklärungen nicht sauber durchgeführt wurden. Wir haben uns zudem die Frage gestellt, ob die Bieler Bevölkerung zu viel bezahlt und ob das Geld durch die Streichung im Reglement an die Kunden zurückbezahlt wird. Wenn die Änderungen nur die Streichung der Abgaben zur Folge hätten, würden wir zustimmen. Gleichzeitig soll aber eine neue Abgabe auf Gas für die Nutzung im öffentlichen Raum eingeführt werden, was wir ablehnen. Der ESB hat den Auftrag, die Sicherung der Stromversorgung zu gewährleisten. Es kann nicht sein, dass die jetzt geplante neue Abgabe einen Einfluss auf das Gesamtvolumen hat.

Schiess Christophe, au nom du Groupe Alliance Verte: L'essentiel a été dit notamment par la représentante de la Commission de gestion, donc Bienne, c'est

exemplaire dans cette affaire, n'est pas une île du pacifique sud. Bienne est dans un contexte, il y a quelque chose au-dessus de la ville, il y a quelque chose à côté de la ville. Au-dessus de la ville, il y a le Peuple et les cantons qui ont voté une loi au mois de juin dernier, qui fait que c'est dorénavant au niveau fédéral que sont réglementés la promotion des énergies renouvelables, la promotion de l'efficacité énergétique ainsi que le financement de cette promotion. Donc c'est complètement logique que l'on biffe les passages du règlement pour qu'il n'y ait pas de doublon.

On a aussi parlé de l'autre volet de cette affaire, la décision du tribunal administratif du canton de Berne, donc là, c'est le contexte de ce qui est à côté de la Ville, une ville du canton où une affaire a opposé des particuliers, dont l'excellent joueur de carte Carlos Reinhard, à la ville de Thoune. Dans ce cas là aussi, il est logique et sage, que proactivement, la Ville supprime la redevance sur le gaz.

Nous saluons la solution proposée par le Conseil municipal. On peut ainsi continuer d'alimenter suffisamment le financement spécial qui permet de financer diverses mesures pour la protection et l'adaptation climatique. Au-delà de ça, c'est clair qu'il y a un grand enjeu pour le financement, d'une part de la transition énergétique, mais aussi des mesures de protection et d'adaptation climatiques, aussi dans l'incitation finalement à utiliser aussi peu que possible des énergies qui émettent du CO₂. Ça sera réglé à un niveau supérieur, ce qui est bien pour les questions de cette importance, et dans ce sens-là, nous allons en suivre avec beaucoup d'intérêt la motion du président du Centre Gerhard Pfister qui sera débattue ce printemps, et qui propose une nouvelle loi sur le CO₂ concise et efficace, je cite le premier principe : «conformément au principe du pollueur-payeur, tous les rejets de gaz à effet de serre émis sur le territoire du territoire Suisse ainsi que les vols au départ de la Suisse sont soumis à une taxe en fonction de leur impact sur les gaz à effet de Serre, indépendamment de leurs sources» et puis «les recettes de cette taxe sont ensuite restituées intégralement à la population et aux entreprises.» Et puis pour ça, je peux aussi entendre qu'on se pose des questions sur la «Sozialverträglichkeit» de telles taxes, c'est une solution qui est complètement «sozialverträglich». Il y a aussi de bonnes idées qui viennent du Centre. Notre groupe soutient unanimement la modification du règlement.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich gehe inhaltlich nicht weiter auf das vorliegende Geschäft ein. Von der GPK-Sprecherin wurde der Entwurf sehr umfassend zusammengefasst.

Herr Maurer, das Urteil des Verwaltungsgerichts hat uns sehr überrascht. Zum entsprechenden Punkt im Klimaschutzreglement wurden Abklärungen auch mit führenden Rechtsexperten gemacht. Nach dem Gerichtsurteil haben wir nach Lösungen gesucht und mit dem vorliegenden Entwurf gefunden. Einerseits kann die Speisung des Fonds glücklicherweise mit der neuen Gesetzgebung aufgefangen werden. Im Moment ist noch nicht ganz klar, wie das effektiv umgesetzt wird. Dazu läuft der politische Prozess auf nationaler Ebene und wird vermutlich spätestens 2026 geklärt sein. In der Zwischenzeit werden wir die entsprechenden Abgaben nicht erheben und keine Speisungen in den Fonds vornehmen können. Die vorgesehene Abgabe auf Gas soll nachher mittels der Spezialfinanzierung die Aktivitäten der Stadt für den Klimaschutz finanzieren. Das heisst, es gibt weder eine Verschlechterung gegenüber der heutigen Situation, also weniger Geld, welches in die Spezialfinanzierung fliesst, noch eine höhere Belastung der KonsumentInnen. Der Gemeinderat findet, dass vorliegend eine ausgewogene Lösung präsentiert wird. Mit

dem nachfolgenden Geschäft soll die Anpassung im Klimaschutzreglement vollzogen werden. Ich danke Ihnen für die Zustimmung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 11.09.2024, gestützt auf Art. 14 Abs. 1 Bst. h der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), beschliesst mit **37 Ja- und 8 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung** unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

1. Das Reglement für das selbständige Gemeindeunternehmen Energie Service Biel/Bienne (ESB) vom 14. Dezember 2011 (SGR 7.4-1) wird wie folgt geändert:

Art. 6 Abs. 7 Energieversorgung

⁷ Er fördert die Energieeffizienz durch geeignete Massnahmen. Der Gemeinderat bestimmt die konkreten Massnahmen in der Leistungsvereinbarung (Art. 5 Abs. 3) unter Berücksichtigung der geltenden Gesetzgebung.

Art. 37 Abs. 3 Elektrizität

³ Das Netznutzungsentgelt besteht (...)

f. aus einem Anteil der Abgaben und Leistungen an Gemeinwesen wie Kosten für die öffentliche Beleuchtung (Art. 45).

5.4 Leistungen an die Stadt

Art. 45 Abs. 2

² Er weist die Aufwendungen für die öffentliche Beleuchtung nach Artikel 8, gestützt auf eine Vollkostenrechnung, aus.

Art. 45bis Abs. 1 – 3

¹ Der ESB bezahlt der Stadt Biel für das Recht auf Benützung des öffentlichen Grundes nach Artikel 13 im Bereich der Gasversorgung eine jährliche Abgabe von 0.7 Rappen pro Kilowattstunde der aus dem Verteilnetz des ESB an die Endkundinnen und -kunden in der Stadt Biel ausgespiessenen Energie. Der Gemeinderat kann die Abgabe der Preisentwicklung nach Massgabe des Landesindex der Konsumentenpreise anpassen.

² *aufgehoben*

³ Er belastet die Aufwendung nach Absatz 1 als Leistung an das Gemeinwesen den Kundinnen und Kunden der Gasversorgung als Bestandteil der wiederkehrenden Gebühren (Bestandteil des Netznutzungsentgelts).

2. Die Änderung tritt am 1. Januar 2025 in Kraft.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

18. 20230076 «Stadtklima-Initiative Biel» / Umsetzungsvorschlag / Teilrevision Klimaschutzreglement der Stadt Biel

Clauss Susanne, GPK: Für die GPK spricht je ein Kommissionsmitglied für die Minderheit und für die Mehrheit. Ich spreche für die Kommissionsmehrheit. Mit dem vorliegenden Bericht beantragt der Gemeinderat mit einer Umbenennung und Anpassung des Klimaschutzreglements die Erfüllung der Stadtklimainitiative. Die GPK diskutierte vor allem über die Finanzen. Dazu wird Herr Suter anschliessend sprechen. Der Gemeinderat sieht die Entnahme von Mitteln aus den Spezialfinanzierungen «Neue ÖV-Achse Agglomeration Biel» und «Parkierungsanlagen» vor. Der Klimaschutz ist bereits seit 2020 mit der Einführung des Klimaschutzreglements (SGR 8.2-5) eine zentrale Aufgabe des Gemeinderates geworden. Ziel der Stadtklimainitiative ist es, die Zukunft des Verkehrs in den Städten zu gestalten. Sie fordert den Erlass rechtlicher Grundlagen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaveränderung. Die Initiative wurde übrigens ebenfalls in Aarau, Basel, Bern, Ostermundigen, Chur, Winterthur und Zürich eingereicht. In einigen Städten wurde die Initiative angenommen und bereits umgesetzt. Die Initiative soll die Umsetzung der formulierten Klimaziele konkretisieren und beschleunigen. In Biel fehlen bislang strategische und gesetzliche Grundlagen für eine aktive Klimaanpassungspolitik. Der Gemeinderat sieht deshalb vor, die im November 2022 beschlossene Klimastrategie 2050 um den Teil «Klimaanpassung» zu erweitern.

Um der Initiative zu genügen, muss der Gemeinderat folgende Punkte erfüllen: Er soll rechtliche Grundlagen schaffen, konkrete Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaveränderung ergreifen und im jährlichen Geschäftsbericht darüber informieren. Grundlage zur Umsetzung ist übrigens die Verfassung des Kantons Bern (BSG 101.1), welche eine Begrenzung der Klimaveränderung vorsieht. Insbesondere die grossen Gemeinden im Kanton werden in die Pflicht genommen. Einzig bei den Bezugsgrössen und der konkreten Ausgestaltung der Grünflächen hat der Gemeinderat Differenzen zu den Anliegen der Initiative erkannt. Er verzichtete deshalb auf einen Gegenvorschlag und verhandelte stattdessen mit den InitiantInnen. Zwischen Oktober 2023 und Sommer 2024 fanden mehrere Treffen zwischen Vertretern der Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) und dem Initiativkomitee statt, die der Klärung der wenigen Differenzen dienten. Es wurde eine sieben Punkte umfassende Umsetzungsstrategie ausgearbeitet, Flächenziele präzisiert, eine Potenzialanalyse vorgenommen sowie die Realisierbarkeit geprüft. Der Gemeinderat hält fest, dass er den Zeitrahmen von 10 Jahren zur Umsetzung der Projekte für ehrgeizig hält und zusätzliche Ressourcen dafür braucht. Angesichts der Notwendigkeit ist er jedoch bereit, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um das angestrebte Klimaziel zu erreichen. In einem Punkt blieb eine Differenz zwischen dem Gemeinderat und dem Initiativkomitee: Das Komitee hätte sich eine Gesamtfinanzierung gewünscht. Der Gemeinderat hielt aufgrund der unkonkreten Projekte eine Anschubfinanzierung für ausreichend.

Der Gemeinderat legt in Punkt 5 des vorliegenden Berichts dar, welche Anpassungen der Klimastrategie notwendig sind, um die Ziele zu erreichen. Anhand von Beispielen wird aufgezeigt, wie die BEU vorhat, den Fokus auf klimawirksame Projekte zu legen und diese zu beschleunigen. Sinnvollerweise werden Projekte mit hoher Klimawirksamkeit priorisiert.

Punkt 8 und 9 des Berichts behandeln die Finanzierung. Die grosse Herausforderung besteht darin, die Projekte innerhalb von 10 Jahren umzusetzen. Der Gemeinderat zeigt sehr überzeugend auf, dass er versucht, die Umsetzung so kostengünstig wie

möglich zu halten. Pro Jahr stehen rund CHF 3,5 bis 4 Mio. zur Verfügung. Dieser Betrag beinhaltet jedoch alle Projekte, nicht nur die klimawirksamen. Die Stadtklima-initiative verlangt, dass je hälftig klimawirksame Mobilitätsflächen und klimawirksame Grünflächen geschaffen werden. Für den Sonderfonds «Klimaschutz und Klimaanpassung» braucht es eine einmalige Einlage von ungefähr CHF 5,5 Mio. aus der aufzuhebenden «Spezialfinanzierung ÖV» und eine Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Parkierungsanlagen». Im Anhang 1 zum Bericht sind die Änderungen im «Reglement für Klimaschutz und Klimaanpassung», wie es neu heissen wird, aufgeführt.

Der Gemeinderat legt verständlich dar, dass es im Moment schwer abschätzbar ist, welche Massnahmen welcher Stossrichtung zugeordnet werden können und mit der Spezialfinanzierung abgegolten werden dürfen. Er ist dezidiert der Ansicht, dass eine einmalige Entnahme aus der Spezialfinanzierung «Parkierungsanlagen» eine pragmatische Lösung ist und nicht im Widerspruch zu den Zweckbestimmungen steht. Dieser Vorschlag wird von der Kommissionsmehrheit unterstützt.

Würde der Stadtrat den vorliegenden Entwurf ablehnen, käme die Initiative zur Volksabstimmung. Eine Mehrheit der GPK erachtet eine Volksabstimmung als kontraproduktiv und empfiehlt dem Stadtrat den vorliegenden Entwurf zu Annahme.

Suter Daniel, CDG: Rédigée en quatre points sous forme d'une simple proposition, l'initiative en question vise l'ancrage réglementaire et contraignant de mesures d'adaptation au changement climatique, des mesures concrètes à mettre en œuvre dans un délai de 10 ans et des rapports annuels à ce sujet au Conseil de ville. Répondant à une injonction constitutionnelle bernoise, le principe de telles mesures, en plus de celles visant la protection du climat, est acquis. Aussi, lancée alors que le Conseil municipal était en train de compléter sa stratégie climatique 2050 avec ce même objectif, l'initiative enfonce des portes ouvertes.

Une fois déposées, le Conseil municipal s'est accordé avec le comité responsable sur l'interprétation et la précision de ces requêtes. Pourparlers qui ont débouché sur une révision du règlement sur la protection du climat ainsi que sur une clé d'imputation de mesures de revalorisation d'espace à impact climatique positif, les 2 types d'espaces concernés à prendre en compte chacun pour moitié. Selon cette analyse, les objectifs de surface visés par l'initiative peuvent être atteints par 70 projets figurant actuellement dans la planification des investissements, tout en corrigeant les surfaces concernées à la baisse afin de tenir compte des incertitudes liées à la réalisation des projets, le tout par des estimations dites prudentes, respectant ainsi le plus possible les objectifs des initiants. La clé d'imputation pour ses surfaces est fixée en fonction de la qualité et de l'impact climatique des mesures prises et réglée dans l'annexe 2 de l'ordonnance conformément à des valeurs fixées dans d'autres villes, notamment celle de Berne. À ce stade, le projet du Conseil municipal est cohérent et mérite notre soutien, soit la mise en œuvre de mesures d'adaptation climatique idoines dans le cadre du plan des investissements et du budget du département des infrastructures qui dispose de 3,5 à 4 millions par an pour ce genre de projet priorisant alors le plus possible ceux avec la plus grande efficacité climatique. Le problème n'est pas là, il vient de l'accélération imposée à ce programme par les auteurs de l'initiative et leur demande de transformer 10% des routes publiques et autres espaces de détente en espace à impact climatique positif en 10 ans. En effet, selon le chiffre 8 du rapport intitulé « Coûts et coûts induits », cette accélération passe par la création d'un poste supplémentaire, l'augmentation des coûts d'investissement et la création de 2 ou 3 postes supplémentaires pour l'entretien des espaces à impact climatique positif une fois créés, tous ces coûts n'étant toutefois

pas chiffrés sous ce point. Les chiffres suivent au chapitre 9 « Financement », et il faut s'y prendre à plusieurs fois pour se retrouver dans le ballet de financements spéciaux qui nous est proposé. Cela commence par trois financements spéciaux, avec au total 4,45 millions disponibles pour l'adaptation au changement climatique, montant qui devrait permettre, selon le rapport, d'accélérer les mesures envisagées.

Toutefois, afin de respecter la parité des mesures entre espaces de mobilité et espaces verts, un apport supplémentaire de 5,5 millions est encore nécessaire, millions trouvés dans deux autres financements spéciaux. Au total, 9,95 millions pour accélérer la création d'espaces verts à impact climatique positif dont 4,45 pour les espaces de mobilité et 5,5 pour les espaces verts, montants auxquels s'ajoutent 3,5 à 4 millions de francs par an dont dispose le département des infrastructures pour des projets de rénovation et de revalorisation potentiellement favorable au climat. Entre 13 et 14 millions donc, considérés comme financement initial pour une phase supposée durer jusqu'en 2029, y compris la création d'un poste supplémentaire. Pour la suite, la question sera de nouveau posée.

La minorité de la Commission de Gestion s'oppose à ce surcoût dû à la seule accélération du programme imposé par le comité d'initiative, la Ville de Vienne n'en a simplement pas les moyens. En effet, en termes d'investissement, sa situation financière lui impose de respecter d'autres priorités, notamment les écoles et l'entretien du patrimoine existant avec un besoin de plusieurs centaines de millions ces prochaines années. L'urgence d'un contrôle rigoureux de nos charges de fonctionnement est une évidence, la première mesure et la plus importante consistant à freiner l'augmentation de ces charges. D'autre part, l'on ne saurait raisonnablement prétendre à un quelconque préjudice notable si les mesures d'adaptation qui s'imposent sont mises en œuvre de manière un peu plus espacée dans le temps et dans le cadre des moyens dont nous disposons en application de la stratégie 2050 en somme. Sauf bien sûr, à donner crédit aux discours catastrophistes habituels des écologistes que nous ne tarderons pas à entendre tout à l'heure. Il nous semble qu'il appartenait au Conseil municipal de garder dans cette affaire la vue d'ensemble et de faire valoir ce point de vue dans les négociations avec le comité d'initiative. Ces négociations ayant pratiquement eu lieu entre camarades de partis, l'on ne s'étonnera toutefois guère du résultat.

Enfin, la minorité de la Commission de Gestion se heurte au jeu des financements spéciaux joué dans cette affaire à l'excès, puisque pas moins de 5 de ces financements sont impliqués. Le tout, selon le rapport du Conseil municipal, chiffre 9.2 à la fin, je cite, « pour éviter de puiser dans les caisses de la Ville », comme si les financements spéciaux n'étaient pas des fonds propres de la ville et que leur utilisation n'aurait pas de conséquence pour les comptes. Ça frise le code, c'est choquant. Jeu de cache-cache, jeu de dupes, propre à brouiller les pistes et donner une impression de gratuité. Il met en cause l'existence même du système biennois des financements spéciaux. Nous saluons à cet égard le regard perspicace du département finances et impôts qui constate clairement que ce financement n'est pas durable. Le délai de mise en œuvre des mesures d'adaptation au changement climatique n'étant actuellement plus négociable avec le comité d'initiative, il ne nous reste dans ces circonstances, que de soumettre leur initiative au vote populaire avec le préavis négatif du Conseil de ville.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Unsere Anträge begründen wir folgendermassen: Beim Antrag zur Finanzierung geht es darum, die Finanzierung längerfristig sicherzustellen und im Sinne meines Vorredners zur Abschaffung gewisser Spezialfinanzierungen beizutragen. Deshalb schlagen wir vor, die Entnahme aus der

Spezialfinanzierung «Parkierungsanlagen» von CHF 3 Mio. auf CHF 5 Mio. zu erhöhen. Damit wird die Planungssicherheit erhöht. Der zweite Antrag will die Stelle zur Umsetzung der Initiative definitiv schaffen. Ich bin Mitglied des Initiativkomitees, und dieses hat sich überlegt, dass wir damit mehr Planungssicherheit für die Verwaltung schaffen können. Wir haben uns aber jetzt dazu entschieden, diesen Antrag nicht zu stellen. Wir überlassen es dem Gemeinderat, seinen üblichen Prozessen zu folgen.

Es gehört nicht zu unserem Alltag, über Initiativen zu debattieren. Als Mitglied des Initiativkomitees freut es mich deshalb sehr, heute dafür zu sprechen. Ich danke an dieser Stelle allen, die während der Sammelfrist unzählige Stunden auf der Strasse standen, um die mehr als 2'300 Unterschriften zu sammeln.

Eine Initiative zeigt auf, dass eine breite Unterstützung in der Stimmbevölkerung für ein Anliegen vorhanden ist. Mit viel Engagement einer breiten Allianz aus verschiedenen Parteien und Organisationen ist es gelungen, das Anliegen abzuholen. Dazu gehören in erster Linie die verkehrspolitische Umweltorganisation Umverkehr und neben uns Grünen die SP, JUSO, PSR, EVP und Passerelle ebenso wie pro Velo und der VCS. Ausserdem wurden wir von verschiedenen Vereinen wie dem WWF, Fussverkehr und weiteren unterstützt. Diese breite Allianz ist nicht ganz zufällig. Wie die Sprecherin der GPK erwähnt hat, wurde die Initiative in verschiedenen Schweizer Städten lanciert. Mit der Initiative wollen wir die Umnutzung eines Teils des öffentlichen Strassenraums bewirken. Die Anforderungen an den öffentlichen Raum haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr stark gewandelt. Die Städte stehen heute vor anderen Problemen als vor 70 Jahren. Mit dem wirtschaftlichen Wachstum und der Industrialisierung nahmen auch die Emissionen und Treibhausgase zu und zwar so stark, dass es zu einem rasanten Anstieg der Temperaturen gekommen ist. Allein in der Schweiz liegt die Durchschnittstemperatur heute 2,8 Grad über derjenigen am Ende des 19. Jahrhunderts. Dieser Anstieg wird sich fortsetzen, weil wir als Gesellschaft noch keine Antwort auf das Problem gefunden haben. Das können wir in Biel auch nicht ändern, aber wir können unseren Teil zum Klimaschutz beitragen. Wir können versuchen, die Stadt den veränderten Umständen anzupassen, damit Biel auch in den kommenden Jahren ein Ort zum Wohnen, Arbeiten und Leben bleibt.

Was die Stadt Biel tun kann, ist in der Klimastrategie unter «Klimaschutz und Klimaanpassung» beschrieben. Drei Dinge wollen wir mit der Stadtklimainitiative erreichen:

1. Wir möchten den nötigen Platz schaffen, damit der Fuss- und Veloverkehr sowie der öffentliche Verkehr (ÖV) effektiv gefördert werden.
2. Wir möchten den nötigen Platz schaffen für mehr Grünflächen und Bäume, damit das Wasser versickern und verdunsten kann.
3. Wir möchten die Geschwindigkeit erhöhen, mit der diese Arbeiten in Angriff genommen werden.

Im Initiativtext sprechen wir von 10% der Strassenfläche auf dem Gebiet der Stadt Biel, was rund 180'000 m² entspricht. Davon wollten wir in einem Umsetzungshorizont von zehn Jahren die Hälfte für die Mobilität umnutzen und die andere Hälfte für Grünflächen. Nun wurden aus den beinahe 200'000 m² noch rund 90'000 m². Neben unserer vielleicht etwas grosszügigen Art der Berechnung ist dies vor allem dem Umstand geschuldet, dass kantonale Strassen nicht einbezogen wurden, weil die Stadt dort nichts zu sagen hat. Aus dem Flächenziel von einem Prozent pro Jahr gemäss dem Initiativtext wurde ein relativ detailliertes Rechenschema. Mit grosser Wahrscheinlichkeit führt dies dazu, dass die effektiv umgenutzte Fläche noch kleiner ausfällt.

Das Initiativkomitee ist jedoch auf diese Vorschläge eingegangen und akzeptiert sie. Wir konnten durchaus auch unsere Ansichten einbringen. Zudem wurde eine Potenzialanalyse zu den von der Stadt geplanten Projekten durchgeführt. Diese hat gezeigt, dass die Ziele der Initiative so wie sie jetzt umgesetzt werden sollen, erreicht werden können, falls die geplanten Projekte beschleunigt werden. Der zentrale Punkt für uns ist ein spürbarer Effekt bereits in 20 Jahren. Das Initiativkomitee wurde nicht müde, immer wieder zu betonen, dass kleinere Sanierungsarbeiten im Strassenraum genutzt werden sollen, um Verbesserungen zu erreichen. Beispielsweise soll eine Strasse mit Begrünungspotenzial nicht zuerst asphaltiert und zwei Jahre später umgestaltet werden. Ausserdem geht es um das grosse Ganze. Beispielsweise soll bei der Veloinfrastruktur eine möglichst grosszügige Durchgängigkeit von sicheren Velorouten erreicht werden. Die erwähnte Beschleunigung und die bessere Nutzung der Synergien zwischen verschiedenen Projekten benötigen Ressourcen, was von der GPK-Sprecherin bereits angesprochen wurde. Dafür soll eine Stelle geschaffen werden, die diese Projekte voranbringt. Wir halten dies für richtig. Nur Geld zur Verfügung zu stellen reicht nicht, wenn das Personal fehlt.

Ebenfalls zufrieden sind wir damit, dass der Gemeinderat schon jetzt zumindest eine Anschubfinanzierung gefunden hat. Sicher ist aber, dass die Beträge, wir sprechen hier von rund CHF 6 Mio., für die Beschleunigung nicht ausreichen werden. Das ist aus unserer Sicht selbstverständlich nicht befriedigend. Deshalb haben wir den Antrag formuliert, aus der Spezialfinanzierung «Parkierungsanlagen» etwas mehr Geld zu entnehmen und für die neue Nutzung umzuwidmen. Die Anschubfinanzierung für die erste Phase soll erlauben, den Rest der nötigen Summe für die Umsetzung besser abschätzen zu können. Mit den restlichen Punkten des Entwurfs ist das Initiativkomitee zufrieden. Kein separates Reglement zu schaffen, sondern ein bestehendes Reglement zu erweitern, ist sinnvoll. Für uns war auch wichtig, dass die Anrechenbarkeit der unterschiedlichen Flächen festgehalten wird. Die Verordnung ist dafür der richtige Ort. Auch wenn Verordnungen vom Gemeinderat in eigener Kompetenz angepasst werden können, gehen wir davon aus, dass er dies nicht entgegen den Zielen der Stadtklimainitiative machen würde.

Lange Rede kurzer Sinn, das Initiativkomitee unterstützt den Umsetzungsvorschlag und wir empfehlen diesen dem Stadtrat die Annahme. Die Fraktion Grünes Bündnis wird dem Entwurf und dem Änderungsantrag zustimmen. Ich bedanke mich an dieser Stelle bei der zuständigen Direktion und den städtischen Angestellten für die Erarbeitung der Vorschläge, die konstruktive Zusammenarbeit und für die offenen Diskussionen.

Maurer Stefan, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Wir haben die vorgesehenen Änderung des Klimareglements und der Verordnung in unserer Fraktion eingehend diskutiert und sind einstimmig zum Ergebnis kommen, diese abzulehnen. Wir sind der Ansicht, dass die Finanzierung der beschleunigten Massnahmen zu einer noch höheren Verschuldung der Stadt Biel führen wird. Zudem befürchten wir, dass dringende Sanierungen von städtischen Liegenschaften durch die Beschleunigung von Klimaschutzmassnahmen beschnitten werden könnten. Aus unserer Sicht werden einmal mehr die Autofahrer aus der Stadt Biel verdrängt. Wir gehen davon aus, dass weitere Parkplätze verschwinden werden. Dieses Vorhaben steht der Entwicklung der Neuzulassungen von Motorfahrzeugen in der Stadt Biel entgegen. Diese stiegen 2024 wieder an. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die Anliegen eines grossen Teils der Bevölkerung nicht ernst genommen werden. Der Realisierung von Anpassungsarbeiten auf einer Fläche von 8'500 Quadratmetern pro Jahr stehen wir

kritisch gegenüber. Dies entspricht einer Strassenlänge von circa anderthalb Kilometern. Es ist davon auszugehen, dass der schon heute schlechte Verkehrsfluss durch die Baustellen noch stärker beeinträchtigt wird. Ausserdem haben wir uns die Frage gestellt, was diese Anpassungen für Folgekosten bezüglich Unterhalt haben werden.

Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu treffen und die Biodiversität und Grünflächen zu fördern, ist zu befürworten. Wir sind aber der Meinung, dass dies mit anderweitigen Massnahmen auch funktionieren würde. Bezüglich der Reduktion von Emissionen muss einmal mehr erwähnt werden, dass die Schweiz weniger als 0,5 Prozent der weltweiten Emissionen ausstösst und wir die geforderten Massnahmen in keinem Verhältnis zu den entstehenden Kosten sehen. Eine Änderung ist global vorzunehmen und nicht nur in der Stadt Biel.

Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO: Ich bin ebenfalls im Initiativkomitee. Eine Stadt ist ein Ort, an welchem viele Menschen eng aufeinander leben. Deshalb erstaunt es nicht, dass der Platz in einer Stadt beschränkt ist. Erstaunlich finde ich, wie viel dieses beschränkten Platzes wir den Autos überlassen. Seit mehr als 70 Jahren bauen wir Städte für Autos statt für Menschen, was völlig verkehrt ist. Es ist höchste Zeit, dass wir nicht nur damit aufhören, Städte für Autos zu bauen, sondern anfangen, unsere wortwörtlich in Beton gegossenen Fehler endlich zu korrigieren. Autofahren ist kein Grundbedürfnis, auch wenn die SVP das manchmal denkt. Es gab glückliche Menschen, bevor es Autos gab und ich bin mir sicher, es wird glückliche wenn nicht sogar glücklichere Menschen geben, wenn wir endlich von den Autos wegkommen. Im Gegensatz zum Autofahren sind Mobilität, qualitative Erholungsräume und Städte, die nicht überhitzen, menschliche Grundbedürfnisse. Genau diese fördert die Stadtklimainitiative.

Die städtische Politik muss weg von Autos, schädlichen CO₂-Emissionen, Mikroplastik durch Abrieb von Autopneus, Feinstaub, Lärm und gefährlichen Strassen. Sie muss hin zu entsiegelten Böden, Grünflächen, sicheren und qualitativen Erholungsräumen, mehr und besserem ÖV, sicherer Veloinfrastruktur, kurz, hin zu einer Stadt, die gegen die Herausforderungen der Klimakrise gewappnet ist und die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt. Es werden nicht irgendwelche zusätzlichen enorm teuren Projekte umgesetzt, sondern mit der vorgeschlagenen Umsetzung integrieren wir die Ziele in bevorstehende Bauprojekte. Wir setzen uns konkrete und verbindliche Ziele, welche zwingend eingehalten werden müssen. Damit können wir sicherstellen, dass wir die Ziele wirklich erreichen, welche mit dieser Initiative nicht nur von Stadtratsmitgliedern, sondern auch von einem Grossteil der Bevölkerung gefordert werden. Ich persönlich würde gerne noch mehr fordern. Ich wäre sehr zufrieden, wenn wir jährlich 10% der Flächen, die wir für Autos nutzen, umnutzen könnten, denn mit der Umsetzung dieser Initiative allein sind wir noch nicht bereit für den Wandel, der kommen muss, wenn wir weiterhin mit einer ähnlichen Lebensqualität hier in Biel leben wollen. Das ist die Realität der Klimakrise, aber ohne die Umsetzung dieser Initiative werden wir es sicher nicht schaffen, unsere Stadt «klimafit» zu machen. Deshalb ist es höchste Zeit, schnell und effektiv mit der Umsetzung dieser Initiative und allen Klimaprojekten vorwärts zu machen. Je länger wir damit warten, desto schwieriger wird es. Zahlreiche Studien zeigen auf, dass die Anpassungen an die Klimakrise immer teurer werden, je länger wir warten. Deshalb unterstützt die Fraktion SP/JUSO das Geschäft sowie den Antrag und dankt allen, die sich an der Initiative beteiligt haben.

Kilezi Ruth, au nom du Groupe PSR: Notre Groupe remercie le Conseil municipal pour son rapport. Pourquoi est-il important de soutenir un tel projet ? Nous faisons face aujourd'hui à une urgence climatique, celle du réchauffement de notre planète. En tant qu'être humain et décideur, nous avons la responsabilité de trouver des solutions à notre échelle pour lutter contre ce phénomène. La mobilité douce est l'une de ces solutions : promouvoir la marche et le vélo, c'est bien plus qu'encourager de simples modes de déplacement, c'est repenser nos espaces de vie pour répondre à l'urgence climatique tout en améliorant la qualité de vie de chacun. Chaque trajet à pied ou à vélo constitue une action concrète pour réduire les émissions de gaz à effet de serre. Ces moyens de transport neutres en carbone contribuent à la lutte contre le réchauffement climatique tout en diminuant nos dépendances aux énergies fossiles.

Moins de voitures signifie également moins de nuisance sonore et une meilleure qualité de l'air pour les piétons et les cyclistes. Cela représente un environnement apaisé où le bruit des moteurs laisse place à des rues vivantes et agréables. Imaginez une ville où le son des moteurs disparaît pour laisser place aux conversations, au rire et au plaisir de pédaler ou de marcher en toute tranquillité. Cette image, bien qu'idéale nous pousse à réfléchir à ce futur que nous voulons construire.

Cette transition profite aussi à notre santé. Elle encourage l'activité physique, prévient les maladies liées à la sédentarité, améliorent notre bien-être mental et permet de respirer de l'air pur. Pour que marcher ou faire du vélo deviennent des choix naturels, nous devons repenser nos infrastructures, cela signifie des trottoirs sécurisés, des pistes cycles continues et des espaces dédiés qui garantissent des déplacements sûrs et fluides. C'est en créant ces conditions que nous pourrions encourager durablement la mobilité douce. En soutenant cet objet, nous choisissons un modèle de société respectueux de l'environnement, centré sur l'humain et tourné vers l'avenir, nous redonnons la priorité aux modes de transport doux et bâtissons un futur durable pour les générations à venir. Ainsi, le groupe parlementaire vous invite à soutenir ce projet.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Tout d'abord notre Groupe remercie le Conseil municipal pour la qualité du rapport. Sur le fond, des mesures sont nécessaires pour faire face au réchauffement climatique. Nous n'avons pas de doute. Par contre, nous estimons que ces mesures doivent être réalisées dans le cadre des 30 millions annuels d'investissement prévus. C'est une question de priorisation. Certaines mesures peuvent être mises en œuvre avec le renouvellement naturel des infrastructures, économisant ainsi des ressources.

L'accélération de la mise en place peut conduire à l'élimination d'infrastructures encore bien fonctionnelles, et paraît difficilement justifiable aussi bien économiquement qu'écologiquement. Le recours à des financements spéciaux n'est qu'un artifice comptable. Ces ballons d'air chaud doivent être éliminés, il ne faut pas nuire à la transparence. Je le redis encore une fois : si la ville désire investir plus et plus rapidement, l'endettement augmentera, il n'y a pas de miracle. Comme on peut le lire dans le co-rapport des finances, même avec ces financements spéciaux, le financement de ce projet n'est pas garanti à moyen terme. Malgré cette péjoration financière de la ville, je ne vois aucune mesure ou idée de compensation proposée, à part plus d'impôts. L'assainissement ne sera pas facilité. Le fait d'évoquer les financements spéciaux comme explication d'une exception qui ne tient pas la route car la dette augmente avec plus de 800 millions de dettes. Il faut rester raisonnable. Notre Groupe est favorable à des mesures climatiques mais la ville n'a pas les moyens d'accélérer sa mise en œuvre.

Molina Franziska, Fraktion GLP+: Wir werden dem Geschäft zustimmen, hätte ich gestern noch gesagt. Zum Antrag sind wir jetzt geteilter Meinung.

Ich bin auch Mitglied des Initiativkomitees und war an den Diskussionen mit der zuständigen Gemeinderätin und Vertretern der Verwaltung dabei. Ich fand die Treffen sehr konstruktiv. Mit der Entnahme aus der Spezialfinanzierung als Anschubfinanzierung, wie das der Gemeinderat vorschlägt, sind wir einverstanden.

Über das Klima und seine Veränderungen in den letzten Jahren wurde schon viel gesagt. Der Klimawandel ist unbestritten und wir werden Anpassungen vornehmen müssen in der Stadt Biel. Die Änderungen im Klimaschutzreglement sind der richtige Ansatz. Für mich ist auch der Fuss- und Veloverkehr wichtig. Für den Veloverkehr hat die Stadtverwaltung bereits viel realisiert und weitere Projekte sind geplant. Dieser Weg muss schneller weiterverfolgt werden.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Pour moi l'urgence climatique, ce n'est pas un sujet de plaisanterie, c'est vraiment un des plus gros défis de l'humanité, un des plus gros défis contemporains. Donc, il va de soi que je soutiens sur les grandes lignes ce règlement sur le climat et, le cas échéant, je soutiendrai l'initiative qui devait être soumise au peuple, mais j'ai quand même 3 petits éléments de réflexion.

Le premier, c'est qu'il faut que chacune et chacun d'entre nous soit conscient qu'en matière de climat aussi, l'Etat ne pourra pas tout. Nous avons une responsabilité individuelle qui est vraiment hyper-importante et moi, je suis choqué et même désespéré de constater que depuis la fin de la crise sanitaire, nous sommes repartis comme en 40. C'est hallucinant de voir à quel point moi, je croyais bêtement que la crise sanitaire, ça nous amènerait à consommer davantage local, à éviter de prendre l'avion pour aller faire la foire le week-end à Barcelone et puis, finalement, tout est reparti à la hausse. Si nous ne faisons pas aussi cet effort individuel, c'est là que l'Etat va intervenir avec des lois et des contraintes, et puis il y aura une écologie punitive qui ne plaira pas, donc de grâce ne nous appuyons pas uniquement sur l'Etat mais il y a aussi la capacité nous-mêmes d'agir pour le climat.

Le deuxième élément de réflexion, c'est un aspect qui me manque un petit peu dans ce règlement, c'est sur la thématique importante de la densification urbaine. La ville de Bienne ne cesse de croître; nous sommes à 56 000 habitants, dans quelques années, on sera à 60-65 000, certains expirent que ça augmente pour les raisons de recettes fiscales, mais là on doit se poser la question de savoir ce qu'il faut faire au niveau du climat. J'écoute les climatologues, et ils s'affrontent là-dessus. Certains disent qu'il faut densifier les centres-villes, faire en sorte que la population se concentre dans les centres-villes et puis qu'autour il y ait des poumons verts et puis d'autres disent qu'au contraire il faut maintenant arrêter avec cette densification des centres-villes et faire en sorte qu'en-dehors, dans les périphéries, au lieu de construire des grands centres commerciaux, des zones industrielles, avoir des petits bâtiments, des petites maisons. Je n'ai aucune réponse là-dessus mais là, je trouve qu'il y a de la part du Conseil municipal une réflexion qui doit être menée pour qu'on sache dans quelle direction on va aller.

Et puis, le dernier point naturellement, à lier à l'actualité, et qui manque aussi dans ce règlement, c'est qu'à aucun moment, je n'ai lu les noms de consultation des guides de quartier des PME etc. Naturellement, c'est en lien avec l'actualité qui se passe aux quartier des Tilleuls, parce que si on n'écoute pas la population, si on n'écoute pas les principaux intéressés, toutes les mesures qu'on peut prendre au niveau de la mobilité, et qui sont souvent légitimes, ne passeront pas auprès de la population. Donc, pour

résumer, je soutiens globalement ce règlement, mais j'aimerais qu'il y a des éclaircissements sur ces points-là, pas forcément aujourd'hui, ça pourra passer par d'autres interventions.

Schiess Christophe, Les Vert-e-s: J'aimerais essentiellement réagir à quelques propos du porte-parole de la minorité de la Commission de gestion, Monsieur Daniel Suter. Tu disais que le problème vient de l'accélération et qu'il n'y aurait aucun préjudice notable si l'on espace dans le temps la mise en œuvre des mesures qui sont de toute façon planifiées dans leur planification des investissements. Au nom du comité d'initiative et d'Alliance verte, je peux dire que nous sommes au contraire convaincu qu'il faut agir rapidement, que 10 ans plutôt que 20 ou 30 ans, ça fait une grande différence, aussi bien en termes de protection que d'adaptation climatique. Tu prévoyais un discours catastrophiste des écologistes, ta prophétie va se réaliser. La crise climatique ne va pas venir, nous sommes déjà en plein dedans, je ne vais pas vous dresser un tableau de la situation actuelle. Il faudrait parler non seulement des centaines de milliers de personnes qui, dans le monde décèdent chaque année directement à cause des canicules, de celles qui meurent indirectement à cause des maladies favorisées par les températures plus élevées. Je ne vais pas vous parler des événements extrêmes telles que sécheresses, précipitations, événements toujours plus à intense et toujours plus fréquents. On a tous vu les images des incendies en Grèce, au Portugal, en Californie, en Amérique du Sud, les inondations en Espagne, en Autriche. Plus près de chez nous, les éboulements, les laves torrentielles aux Valais, au Tessin. Je ne vais pas vous parler des infrastructures endommagées ou détruites, des récoltes agricoles perdues à large échelle comme par exemple dans la plaine du Pô en 2022, on pourrait continuer plus près de chez nous en 2023, Mme Gonzalez nous a parlé de la sécheresse et en 2024, de l'année diluvienne, qui a des incidences jusqu'aux frais de repas dans les structures d'accueil. Non, je vais plutôt vous parler d'argent. En fait, c'est une bonne affaire que d'agir sans plus attendre. Les coûts des mesures de protection du climat qui permettent d'atteindre les objectifs des accords de Paris seraient 6 fois moindres que ceux engendrés par l'inaction. On a de nouveau entendu ça à Bakou maintenant. Évidemment, ce n'est pas à la ville de Bienne de sauver le monde. Nous avons ici affaire à un problème global qui doit être pensé globalement, mais l'action se fait au niveau local et c'est de la conjonction de mises en œuvre locale que résulte ou non un changement.

Was Sie Herr Maurer vorhin gesagt haben, ist richtig. Die Schweiz stösst weniger als 0,5 % des weltweiten CO₂-Volumens aus. Im ersten Wahlgang im September haben Sie wahrscheinlich für das neue Stadtpräsidium Ihre Stimme abgegeben. Ihre Stimme entspricht damit einer Stimme von etwa 111'000 oder 0,0001% der gesamten Stimmen. Bezogen auf Ihre Überlegung zum CO₂-Ausstoss der Schweiz lohnt es sich absolut nicht, am Sonntag wieder abstimmen zu gehen. Im letzten Geschäftsbericht 2023 der Stadt Biel wird die Entwicklung der Treibhausgasemissionen auf Stadtgebiet mit dem angepeilten Absenkpfad aufgezeigt. Dort steht: *«Damit die Stadt Biel bis 2050 klimaneutral wird, muss die Absenkung der Emissionen gegenüber den letzten Jahren deutlich beschleunigt werden. Im aktuellen Tempo würde die Stadt Biel erst 2075 klimaneutral.»*

Voilà pour la protection climatique. Quelques mots encore pour l'urgence pour l'adaptation climatique. Les projections le montrent, de par sa situation géographique, la ville de Bienne est particulièrement touchée par la hausse des températures. Les canicules, les nuits tropicales y seront de plus en plus fréquentes. C'est bien de vouloir une ville attractive où il fait bon vivre, c'est bien de vouloir faire venir de nouvelles

personnes à Bienne, mais il faut aussi, et en premier lieu, veiller à ce que les gens qui vivent à Bienne y restent. Si la ville ne s'adapte pas pour atténuer les grandes chaleurs, celles et ceux qui le pourront risquent de déménager à Orvin, à Studen, à Gerolfingen, en Islande, au Groenland, est-ce que c'est cela que nous voulons ? Agissons donc rapidement dès maintenant. Les arbres, ça prend du temps pour grandir et faire de l'ombre. Agissons rapidement et donnons-nous les moyens nécessaires pour le faire.

Weber Philippe, Les Vert·e·s: Alors tout comme moi vous avez bien écouté les arguments développés pour soutenir le projet. Je ne veux pas les répéter et d'ailleurs indépendamment de notre débat ce soir, ces arguments sont déjà largement connus. Ils se fondent sur des observations et des faits scientifiques qui sont maintenant établis. Il n'est plus permis de douter que nous sommes plongés dans une crise climatique, ça peut-être d'être dit, et qui met gravement en danger les conditions d'habitabilité sur terre, dans notre ville y compris. Il est urgent donc d'agir maintenant avec détermination pour créer des structures urbaines qui sont adaptées aux changements climatiques que nous subissons de façon particulièrement intense en Suisse et puis à Bienne également aussi. D'ailleurs les cartes climatiques du canton de Berne le montrent de façon très claire et très précise, cela a également été relevé dans le rapport.

Ceux dont le gagne-pain consiste à faire douter les autres ne font plus recette, encore un fait. Aujourd'hui selon les résultats d'une étude GFS mandatée par la SSR et qui ont été publiées en août 2024, donc c'est très récent, 67% des Suisses et des Suissesses estiment que le réchauffement climatique est un problème sérieux et que le besoin d'agir est réel et urgent. Mais sans surprise malheureusement, ces mêmes personnes, 70% d'entre eux, ne croient pas que les politiques arriveront à prendre des mesures suffisantes. Est-ce que nous serions donc irresponsables ? Chères et chers collègues, nous sommes mis en face de nos responsabilités une fois de plus. Nous devons prendre des mesures de toute urgence pour accélérer drastiquement notre capacité à nous adapter au réchauffement climatique.

À Bienne, un comité d'initiative s'est engagé pour cela. Il montre que la puissance collective permet de changer les choses. 2'300 personnes ont signé cette initiative. C'est donc bien un mouvement populaire qui réclame un changement clair et net pour une ville encore habitable en 2034 et au-delà. Comme le reste des habitants de notre pays, ces personnes sont indignées par la lenteur, l'inaction et l'incapacité d'agir de nos politiques. Je suis moi-même un indigné. Je suis maintenant ici au pupitre pour porter la voix des gens qui m'ont élu, je me dois d'en faire donc un usage responsable, le plus responsable qui soit pour juger le problème qui nous occupe ce soir. Dans les rangs, il y a peut-être encore des indécis. J'espère que les arguments développés leur feront prendre conscience de la responsabilité qu'est la leur et qu'il est donc fondamental d'investir massivement dans la transition écologique de notre ville en lui donnant un sérieux coup d'accélérateur.

Pour cela, il faut bien sûr s'en donner les moyens en investissant les fonds nécessaires. C'est une priorité. A quoi bon sinon servira l'argent qui n'a pas été investi, si nous ne pouvons plus rien développer à Bienne parce qu'il sera devenu impossible d'y habiter et que ses habitants auront fui. Il y a d'autres personnes ici qui resteront campée dans leur idéologie, prêtes à remettre en question le projet sur lequel nous votons ce soir. Cette idée reviendrait à rejeter et à nier l'évidence même du changement climatique. Elle reviendrait à gifler les habitants de notre pays, les Suisses et les Suissesses en général, et puis les Biennois et les Biennoises en particulier. Un acte qui s'apparenterait à une posture qui est pour moi terrorisante. C'est une posture qui reviendrait aussi à rejeter les accords internationaux qui ont été ratifiés par la Suisse, à s'opposer à la loi

fédérale sur le climat, à balayer la Constitution cantonale d'un revers de la main. Cette dernière, pourtant très claire, nous oblige, je cite en particulier son article 31a: «[le canton et les communes] renforcent la capacité d'adaptation aux effets néfastes du changement climatique.» Cette initiative n'invente rien de nouveau, ce n'est pas une utopie sortie d'un chapeau vert ou rouge. Ce n'est pas une stratégie qui n'a aucune valeur juridique contraignante pour les autorités M. Suter, mais la transposition d'une volonté populaire et d'obligations internationales, fédérales et cantonales dans un règlement qui nous obligera, qui obligera nos autorités à agir avec plus d'efficacité et de rapidité pour adapter nos structures urbaines aux changements climatiques.

Le projet de réglementation développé par le Conseil municipal ne fait que répondre à cette obligation en présentant un projet équilibré qui se conforme à ses obligations légales ni plus ni moins, fruit d'un compromis négocié par des personnes responsables. Il est donc satisfaisant. Je vous invite à l'accepter. Ce soir, je veux croire que chacun de nous sera responsable au moment de voter, en soutenant ce projet et en lui allouant les moyens nécessaires pour garantir sa mise en œuvre.

Sutter Andreas, FDP: Bis vor kurzem war ich noch unentschieden und wäre der Ablehnung mit schlechtem Gewissen gefolgt. Aber nach dem Votum von Herrn Weber bin ich überzeugt, dass wir ablehnen sollten.

Eggli Roland, GLP: Herr Sutter ist mir gerade zuvorgekommen. Nach Durchsicht der Sitzungsdokumente, fand ich den Entwurf eine gute Sache. Wenn ich jetzt den Vorrednern zuhöre, vermisste ich aber das Augenmass. Für mich ist klar, dass die genannten Ziele erreicht werden müssen, aber nicht in der Art und Weise, wie das nun gefordert wird. Wohl ungefähr 3'000 Leute haben die Initiative unterschrieben. Im Lindenquartier haben jedoch innerhalb von knapp drei Wochen 700 Leute eine Petition unterschrieben, welche fordert, auf die geplante Aufhebung von Oberflächenparkplätzen zu verzichten. Wir brauchen Lösungen, aber mit Augenmass. Für die Zukunft müssen wir gemeinsam einen Weg finden.

Schlup Nina, JUSO: Liebe Mitglieder der FDP und GLP, es ist unglaublich. Eigentlich fänden Sie den Klimaschutz gut, wenn er nur nicht von der linken Seite kommen würde. Ich kann Sie nur herzlich einladen, auch etwas beizutragen. Wir sind uns einig, dass dringend etwas gemacht werden muss. Wir wären auch dabei, wenn Sie etwas vorschlagen würden. Klimaschutz ist nicht ein linkes Monopol. Um das klarzustellen: Es reicht nicht, wenn man nur eine Theorie hat, man muss auch etwas machen! Nur auf dem Papier bringt uns der Klimaschutz gar nichts.

Scheuss Urs, Grüne: Ich beantworte die Frage von Kollege Hamdaoui betreffend Verdichtung oder nicht. Verdichtung ist klar die bessere Lösung. Die Wege sind kürzer, weil die Häuser nicht verstreut in der Landschaft stehen. Für Einzelne mögen zwar verstreut stehende Häuser etwas Abkühlung bedeuten, dadurch wird aber zusätzlicher Verkehr erzeugt, was wiederum die Treibhausgasemissionen erhöht. Zudem kann bei dicht beieinanderstehenden Gebäuden Fernwärme effizienter transportiert werden. Bei weit auseinander stehenden Häusern lohnt sich das nicht. Für moderne klimafreundliche Heizsysteme ist die Verdichtung wichtig. Dadurch wird ausserdem die Wohnfläche pro Kopf etwas kleiner und folglich auch der Ressourcenverbrauch. Bei Verdichtung muss umso mehr auf die Aussenraumgestaltung werden. Um den öffentlichen Raum geht es in der Initiative vor allem. Ich bin ebenfalls Mitglied des Initiativkomitees und unterstütze natürlich den Vorschlag des Gemeinderates und den Antrag auf Erhöhung des Beitrags aus der Spezialfinanzierung «Parkieranlagen».

Die Massnahmen zur Anpassung an die Klimaerhitzung sind leider immer dringender nötig. Die Temperaturen steigen unaufhaltsam und Biel ist besonders betroffen von der Hitze. Wenn wir nicht rasch handeln, werden die Menschen aus der Stadt wegziehen, weil es Ihnen hier zu heiss ist. Die Folgen für die städtischen Finanzen wären verheerend. Mit dem Vorschlag zur Umsetzung der Stadtklimainitiative investieren wir auch in gesunde Finanzen. Zur Finanzierung der geforderten Massnahmen bräuchte es etwa CHF 30 Mio. Zur Verfügung gestellt werden lediglich CHF 5,5 Mio., also nicht einmal ein Fünftel.

Ein Teil der Mittel für die Umsetzung der Stadtklimainitiative stammt aus der Spezialfinanzierung «Parkieranlagen». Der Bestand dieser Spezialfinanzierung beträgt derzeit etwas mehr als CHF 40 Mio. und nimmt weiterhin zu. 2023 ist eine halbe Million Franken in die Spezialfinanzierung geflossen und dort dann liegen geblieben. Die Revisionsstelle und die GPK haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass Spezialfinanzierungen für die jeweiligen Zwecke verwendet oder ansonsten aufgelöst werden sollten, denn Spezialfinanzierungen binden finanzielle Mittel, welche die Stadt anderweitig verwenden könnte. Wir stehen vor einer grossen Finanzierungsdebatte. In dieser Situation ist es unverantwortlich, CHF 40 Mio., das sind etwa 1/10 des städtischen Budgets, zu horten, während anderswo gekürzt und abgebaut sowie der Investitionsplafond gesenkt wird. Aus finanzieller Perspektive ist es daher richtig, die Mittel aus der Spezialfinanzierung «Parkieranlagen» in die Anpassungen an die Klimaerhitzung und damit in eine lebenswerte Stadt zu investieren und zu verhindern, dass Steuerzahlende abwandern.

Ich habe nachgefragt, wie viele Mittel aus dieser Spezialfinanzierung eigentlich gebraucht werden. Die Finanzdirektion gab mir eine Liste, was damit finanziert werden könnte. Bei grosszügiger Annahme komme ich nicht einmal auf CHF 10 Mio. Übrig wären immer noch CHF 30 Mio., was den Mitteln entspricht, welche fehlen, um die Vorschläge der Stadtklimainitiative umzusetzen. Daher unterstütze ich den Antrag zur Erhöhung des Beitrags um 2 Millionen für die Umsetzung der Massnahmen. Das ist ein wichtiger Schritt und von mir aus gesehen ein guter Kompromiss, möglich wäre jedoch noch viel mehr.

Hamdaoui Mohamed, Le Centre: Merci Urs pour ta remarque, mais moi, j'aimerais justement avoir une réponse, ne serait-ce qu'en deux ou trois phrases, du Conseil municipal sur cette question qui, pour moi, est vraiment importante sur l'urgence climatique, la manière de la combattre ici à Bienne, c'est cette question de la densification urbaine. Est-ce que vous partagez la position d'Urs Scheuss qui est une position qui est tout à fait légitime que j'entends souvent ou est-ce que vous pensez l'autre position, qui est celle de climatologues comme Jean-Marc Jancovici qui disent exactement l'inverse parce que pour moi, c'est important. On est 56 000, dans deux ans on sera 60 000, dans 10 ans 65 000, ou est-ce qu'on va mettre les nouveaux habitants à Bienne ? Est-ce que ça sera au centre-ville ou dans la périphérie ? Qu'est-ce qui est le mieux pour le climat ?

Si je vous pose cette question, ce n'est pas de manière gratuite, c'est parce que je trouve qu'il manque une vision dans ce règlement. C'est un règlement avec des articles et un budget, comme n'importe quel règlement, mais on ne sait pas dans quelle direction on veut aller et j'aimerais juste avoir quelques éléments de réflexion. Sans cela, on passera par un postulat pour obtenir des réponses.

Weber Philippe, Les Vert·e·s: Je permets juste d'apporter un petit élément de réponse à Monsieur Hamdaoui, j'ai justement déjà déposé un postulat pour demander

d'étudier la possibilité au Conseil municipal de développer une vision en matière d'adaptation aux changements climatiques. Donc l'idée serait justement que le Conseil municipal développer une stratégie sur le plan territorial pour le faire, on attend sa réponse.

Suter Daniel, PRR: Impressionnant, le rouleau compresseur des Verts qui déroule sur ce Conseil de ville avec déjà 3 ou 4 orateurs individuels bien préparés pour défendre le point de vue. Vous êtes bien organisés, vous travaillez bien. Voilà, il faudrait arriver à opposer quelque chose à ça. Un des orateurs en est arrivé au débat financier. Urgence climatique, urgence financière. Au début de l'année 2022, tous les partis étaient engagés pour constater d'abord l'urgence de l'assainissement financier de la ville de Bienne. Quand nous sommes dans un débat sur un objet quelconque, tout ça, c'est loin, c'est cet objet qui compte. Non, il faut voir l'ensemble des choses.

Je reviens sur ce que j'ai dit tout à l'heure comme représentant de la minorité de la Commission de gestion, le principe est acquis. Votre initiative n'est même pas nécessaire pour que la Ville de Bienne adapte l'urbanisme au changement climatique par davantage d'arbres et de surfaces vertes, ça se passe dans le cadre du plan d'investissement et le budget que nous avons. Nous n'avons pas 13 ou 14 millions à investir pour les quelques prochaines années pour ça, il y a d'autres urgences à observer. Merci encore pour le discours catastrophiste, il nous manquait presque un petit peu. On a vraiment plus de temps que ça. En Ville de Bienne, ou que vous soyez, en moins d'1 kilomètre, vous êtes soit au bord du lac, soit dans une forêt. Il y a des solutions très pragmatiques à ce réchauffement climatique qui est en train de se de se produire. Un autre argument était que plus vite on fait les investissements, le meilleur marché c'est, parce que plus tard, les mêmes investissements seront plus chers. Oui et c'est pour tout. Alors investissons pour la rénovation du patrimoine, pour l'école des platanes tout de suite parce que dans 10 ans, c'est encore un peu plus cher. N'est-ce pas ? Non, bien sûr, c'est de la théorie, il faut raison garder et nous comporter selon les moyens dont nous disposons, c'est un impératif financier qui nous oblige à refuser cette idée d'accélération. Le principe est acquis, pour l'accélération, c'est non, donc, il faut dire non à cette initiative.

Rüber Stefan, Grüne: Die Diskussion hat einige interessante Wendungen genommen. Ich gebe zu, die Finanzierungsgeschichte ist relativ komplex. Ich bin überzeugt, dass mit ein bisschen höheren Investitionen in eine zusätzliche Stelle Synergien besser genutzt werden können. In kürzerer Zeit kann mehr gemacht werden. Mit der zusätzlichen Stelle, denke ich, wird der Effekt relativ gross sein. Ich finde, deshalb die Investition effizient. Es geht beispielsweise darum, bei einem anstehenden Sanierungsbedarf das Potenzial, sei es für den Langsamverkehr oder für Grünflächen, zu nutzen. Wir können davon träumen, darüber motzen, uns beschweren, aber solange wir die Mittel nicht zur Verfügung stellen, und um das geht es hier, wird nichts passieren. Die Art und Weise, wie das Vorhaben jetzt umgesetzt wird, finde ich eigentlich, nebst unseren offensichtlichen ideologischen Differenzen, durchaus sinnvoll und verhältnismässig.

Ich dachte, wir würden heute vielmehr über das Auto diskutieren. Mit der Initiative verbieten wir nichts. Wir sagen nicht, das Auto hätte keinen Platz mehr, sondern es geht um das Verhältnis zwischen dem Autoverkehr und den anderen Verkehrsmitteln. Für uns ist klar, dass was mehr Platz hat, auch mehr benutzt wird. Deshalb ist klar, dass es eine langfristige Investition in den Langsamverkehr braucht. Entschuldigung, wenn wir dem mehr Platz geben. Ich denke nicht, dass die Sanierung von Gebäuden

dadurch gefährdet wird. Es ist uns ein Anliegen, dass mit dieser Finanzierungslösung nicht andere geplante Projekte im Rahmen des Klimaschutzes gefährdet werden. Zu den Finanzen haben wir unterschiedliche Auffassungen. Was die Dringlichkeit angeht, ist es für uns eine Investition in eine lebenswerte Zukunft für unsere Kinder.

Stolz Joseline, PSR: J'aurais juste une question qu'il faut vraiment se poser maintenant. Que voulons-nous comme héritage climatique pour nos enfants et nos petits-enfants ?

Celik Pir Chè, PdA: Die Debatte wurde sehr hitzig. Ich kann den Antrag sehr gut verstehen. Wir brauchen Grünflächen und Platz für Begegnungszonen, damit bin ich vollkommen einverstanden.

Bemerkt wurde, dass die Schweiz für 0,6% der Treibhausgase verantwortlich ist. Eine westliche Konsumgesellschaft wie die Schweiz hat grossen Bedarf an Lithium, welches aus Kongo, wo es zu Umweltkatastrophen kommt, zu unmenschlichen Bedingungen hierhergebracht wird. Hinzu kommt die Produktion von Konsumgütern in China zu Billigpreisen und ohne heimische Arbeitsplätze. Ich finde es als Parlamentsmitglied absurd, die Rechnung ohne diese Fakten zu machen. Wir im Westen haben eine grosse Verantwortung, da wir auch in der Vergangenheit sehr viel Treibhausgas ausgeschüttet haben. Bleibt die Frage, ob das wirklich immer nur die AutofahrerInnen ausbaden müssen.

Es braucht Grünflächen und Parkplätze nehmen uns den Platz dafür. Haben wir aber wirklich keine andere Lösung als Parkplätze zu streichen oder Geld dafür wegzunehmen, um die geforderten Klimaschutzmassnahmen zu finanzieren? Ich erinnere an dieser Stelle an linke Gedanken. Vielleicht könnten Leute enteignet oder Konzerne in die Verantwortung genommen werden. Diesen Gedanken finde ich interessanter und er bringt auch vielmehr Geld. Wer ist betroffen von weniger Parkplätzen? Treffen wir damit Fränzi, die in Siselen wohnt und in Biel ein Bier oder einen Kaffee trinken will? Treffen wir Meret, die vom Land zur Arbeit in der Stadt muss? Oder treffen wir wirklich die Leute, die verantwortlich dafür sind, dass wir uns in dieser Lage befinden? Wichtig ist, dass sich jeder engagiert und etwas macht. Zu denken, dass ein Jutebeutel gegen den Klimawandel etwas bringt, ist jedoch absurd. Wir brauchen kollektive Lösungen, denn es ist ein kollektives Problem. Alles andere ist nicht haltbar.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Über die Auswirkungen des Klimawandels wurde sehr viel gesagt. Die Hitze im Sommer und Starkregenereignisse nehmen zu, darüber müssen wir nicht mehr diskutieren. Die Klimakrise bemerken wir bereits heute. Der neuste Kopernikus-Bericht, das Erdbeobachtungsprogramm der EU, zeigt auf, dass 2024 voraussichtlich als das wärmste Jahr seit Messbeginn in die Geschichte eingehen wird. Die Marke von 1,5 Grad Temperaturanstieg, welche im Pariser Klimaabkommen gesetzt wurde, wird in diesem Jahr wahrscheinlich zum ersten Mal erreicht. Das heisst, wir spüren bereits heute die Auswirkungen und sind jetzt gefordert, Anpassungen an den Klimawandel umzusetzen. Der Gemeinderat ist deshalb mit dem Umsetzungsziel der Initiative einverstanden, in den nächsten zehn Jahren die Projekte beschleunigt zu realisieren. Geplante Projekte werden vorgezogen und mit der zusätzlichen Finanzierung, welche den Investitionsplafond nicht belastet, sowie der zu schaffenden Stelle umgesetzt.

Herr Hamdaoui, die Forderungen der Initiative konzentrieren sich auf den Strassenraum. Die Strategie zur Anpassung an den Klimawandel geht weiter. Die

Planung zur Stadt- und Arealentwicklung wird nun erarbeitet. Innenverdichtung beispielsweise ist bereits heute ein Thema. Beim Gurzelen-Areal, welches jetzt überbaut wird, ist ersichtlich wie das Konzept funktioniert. Es bedeutet in die Höhe zu bauen und gleichzeitig Grünräume zu schaffen. Dazu braucht es eine individuelle Verhaltensänderung von allen. Es geht schlicht um die Frage, wie viel Wohnraum jede und jeder beansprucht.

Die Anpassung des Klimaschutzreglements sieht vor, die Fläche von 85'000 m² bis 2034 umzugestalten. Das Ziel stellt eine grosse Herausforderung dar, weshalb die sogenannte Anschubfinanzierung wichtig ist. Wir müssen beschleunigen und Projekte entwickeln, um das Ziel zu erreichen. Noch ein Wort zu der Finanzierung: Wir haben nach einer Lösung gesucht, welche nicht direkt den allgemeinen Haushalt belastet. Die vorgeschlagene Lösung geht in Richtung der Forderung aus bürgerlicher Seite. Wir konsolidieren mehrere Spezialfinanzierungen und legen sie zusammen. Einzelne werden verschwinden und die Gelder werden für den ursprünglich vorgesehenen Zweck eingesetzt.

Noch ein Wort zu den Kosten der Auswirkungen des Klimawandels: Es gibt ein Projekt des Bundes, welches versucht, die Kosten oder Folgekosten des menschengemachten Klimawandels zu berechnen. Für die Schweiz gibt es noch keine Zahlen. In Deutschland hat das Bundesministerium für Klimaschutz entsprechende Studien gemacht und kommt auf 500 bis 900 Milliarden bis 2050, welche Deutschland die Folgen des Klimawandels kosten werden. Der Gemeinderat ist deshalb der Meinung, dass es wichtig ist, jetzt vorwärts zu machen. Den öffentlichen Raum können wir im Sinne der Initiative entsprechend umgestalten. Der Gemeinderat hat dazu den Umsetzungsvorschlag entwickelt und bittet Sie, diesem zuzustimmen. Merci.

Abstimmung

- über den Antrag von Stefan Rüber, Punkt 5 des Beschlussentwurfs wie folgt anzupassen: Der Spezialfinanzierung für Parkieranlagen werden CHF 5'000'000 entnommen und in die Spezialfinanzierung «Klimaschutz und Klimaanpassung» eingelegt.

Der Antrag wird angenommen.

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 11.09.2024, gestützt auf Art. 20 Abs. 1 und 3 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1) und Art. 28 des Reglements über die Bewirtschaftung, Finanzierung und Erstellung öffentlicher Parkieranlagen vom 21.05.2000 (SGR 7.7-1), beschliesst mit **30 Ja- und 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung**, vorbehältlich des fakultativen Referendums:

1. Er stimmt der «Stadtklima-Initiative Biel» zu und setzt diese gemäss den nachfolgenden Beschlüssen um:
2. Die Teilrevision des Klimaschutzreglements der Stadt Biel, neu «Reglement für Klima-schutz und Klimaanpassung» wird genehmigt.
3. Der Restbetrag der Spezialfinanzierung «Neue ÖV-Achse Agglomeration Biel» wird der Spezialfinanzierung «Klimaschutz und Klimaanpassung» gutgeschrieben.

4. Das Reglement über die Spezialfinanzierung neue ÖV-Achse Agglomeration Biel (Reglement Spezialfinanzierung ÖV-Achse, RSFÖ) vom 25.06.2008 (SGR 7.6-5) wird aufgehoben.
5. Der Spezialfinanzierung für Parkierungsanlagen werden, mit 30 Ja- und 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, CHF 5'000'000 entnommen und in die Spezialfinanzierung «Klimaschutz und Klimaanpassung» eingelegt.

19. 20060263 PPP Stades de Bienne / Verpflichtungskredit Nr. 20000.0001 / Genehmigung der Abrechnung

Scheuss Urs, GPK: Ich spreche für Joël Zumstein, der heute nicht da ist. Er hat mir seine Notizen für die Berichterstattung der GPK überlassen.

Die Tissot-Arena ist ein bemerkenswertes und symbolträchtiges Bauwerk für unsere Stadt und stärkt sowohl die öffentliche Infrastruktur als auch die wirtschaftliche Attraktivität des Standorts Biel nachhaltig. Ein solches Grossprojekt im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft, einer sogenannten Public Private Partnership (PPP) umzusetzen, bringt erfahrungsgemäss enorme Herausforderungen, insbesondere hinsichtlich der Kostenkontrolle und der Koordination der zahlreichen Beteiligten. Daher ist positiv hervorzuheben, dass der ursprünglich bewilligte Verpflichtungskredit von CHF 78,7 Mio. zuzüglich zweier Nachkredite von CHF 930'000 und inflationsbedingten Anpassungen die Brutto-Investitionskosten von insgesamt CHF 82,6 Mio. nur um 2,4% überschritten wurden. Dank der Subventionen aus den Sportfonds und Beiträgen aus dem Fonds für das Nationale Sportanlagenkonzept (NASAK) konnten die Gesamtkosten zulasten der Stadtkasse netto auf CHF 65,2 Mio. reduziert werden. Dies entspricht einer Ersparnis von rund 5,1% oder CHF 3,49 Mio. gegenüber der ursprünglich veranschlagten Netto-Summe. Gegenüber den genehmigten Krediten ergibt die Ersparnis inklusive Teuerung CHF 15,5 Mio. Die NASAK-Beiträge in Höhe von CHF 7 Mio. sind Fördergelder, welche sich im Projektverlauf durch Synergien mit dem Bundesamt für Sport sowie der Integration von Anforderungen für Swiss-Curling und die Frauen- und U21-Fussballnationalteams ergaben. Die Fördergelder entlasten die Stadt Biel finanziell und erhöhen den sportlichen Wert der Tissot-Arena auf nationaler Ebene. Die Kreditunterschreitung ist ein unübliches und erfreuliches Ergebnis bei der Realisierung komplexer Bauprojekte. Sie weist auf eine solide Planung und effiziente Projektsteuerung hin. Angesichts dieser positiven Entwicklung empfiehlt die GPK dem Stadtrat die Genehmigung der vorliegenden Kreditabrechnung und würdigt die engagierte Arbeit aller involvierten Stellen.

Die GPK hatte allerdings auch verschiedene Fragen, auf welche wir vom Stadtpräsidenten Antwort erhielten. Wo steht das hängige Verfahren gegen die HRS wegen Baumängeln? Gemäss Auskunft des Stadtpräsidenten gibt es berechtigte Hoffnung, dass das Verfahren 2025 abgeschlossen werden kann. Garantiert ist das natürlich nicht. Die Verfahrensführung liegt nicht bei den Stadtbehörden, sondern beim Schiedsgericht. Im Prüfungsurteil der Finanzkontrolle wurde auf die fehlende schriftliche Dokumentation zu den Objektverbesserungen hingewiesen sowie eine formelle Projektänderung durch den Gemeinderat empfohlen. Den entsprechenden Beschluss hat der Gemeinderat am 18. September 2024 gefasst. Dieser wurde im Protokoll zur betreffenden Gemeinderatssitzung im Internet publiziert. Im Prüfungsurteil der

Finanzkontrolle wird ausserdem darauf hingewiesen, dass die Kosten für die Eröffnungsfeier über den Verpflichtungskredit finanziert wurden. Da diese Ausgaben von CHF 75'000 die Aktivierungskriterien nicht erfüllen, hätten sie der Erfolgsrechnung belastet werden müssen. Dies dürfte jedoch als Einzelfall und als geringfügiger formeller Fehler anzusehen sein. Die GPK musste aber auch bei anderen Abrechnungen feststellen, dass Projektkosten über Verpflichtungskredite finanziert wurden, obwohl die Aktivierungskriterien nicht erfüllt waren. Die GPK wird an diesem Thema dranbleiben.

Im Mitbericht der Abteilung Finanzen und Steuern wurde darauf aufmerksam gemacht, dass bei Grossprojekten über 5 Millionen und einer längeren Laufzeit alle vier Jahre eine Zwischenabrechnung vorzunehmen ist. Damit kann gewährleistet werden, dass bei personellen Fluktuationen auf eine bestehende Zwischenabrechnung zurückgegriffen werden kann. Gemäss Auskunft des Stadtpräsidenten handelt es sich bei der Tissot-Arena um einen speziellen Fall. Wesentlich ist, dass in diesem Fall die beteiligten Schlüsselpersonen, zu denen auch der Stadtpräsident selber gehört, noch verfügbar sind. Weil der Stadtpräsident Ende 2024 die Stadtverwaltung verlässt, wurde entschieden, die Abrechnung trotz des noch pendenten Schiedsgerichtsverfahrens zu den Mängelrügen jetzt vorzunehmen. Das Anliegen der Abteilung Finanzen und Steuern bleibt aber natürlich relevant. Im vorliegenden Fall wurde die Abrechnung aber aus nachvollziehbaren Gründen vorgenommen.

Bei Abrechnungen von Verpflichtungskrediten Angaben zur Teuerung zu sehen, ist eher unüblich. Meistens wird eine Teuerung von 0 angegeben. Bei grossen und lange laufenden Projekten wie dem vorliegenden, kann auch bei tiefer Inflationsrate die Teuerung eine beachtliche Summe ausmachen. Hier sind es zum Beispiel über CHF 1 Mio. Ohne Berücksichtigung der Teuerung würde die Kreditüberschreitung statt bei 2,4% eineinhalb Mal höher, bei 3,7% liegen. Zur Erinnerung, die teuerungsbedingten Mehraufwände werden jeweils bei der Kreditgenehmigung ebenfalls genehmigt. Die Frage der GPK lautet in diesem Fall, wie die Teuerung berechnet wird, damit sie als genehmigt gilt. Im Vertrag mit dem Totalunternehmer HRS wurde ein allgemein anerkannter Baukostenindex als Referenzgrösse definiert. Ebenfalls wurde festgelegt, welches der Startzeitpunkt für die Vergleichsberechnungen ist. Entsprechend konnte stets exakt nachvollzogen werden, wo der Index steht und welche teuerungsbedingten Mehrkosten die Stadt aufgrund der vertraglichen Abmachungen zu tragen hat. Die entsprechenden Berechnungen wurden von HRS stets transparent ausgewiesen und von der Stadtverwaltung überprüft. Sollte die Inflationsrate deutlich zunehmen, wird dieses Thema natürlich auch bei kleineren Projekten mit kürzerer Laufzeit wichtig. Für die GPK war es im vorliegenden Fall interessant zu sehen, wie das ist, wenn die Teuerung eine relevante Grösse erreicht.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich weise darauf hin, dass uns heute die Abrechnung des grössten Bauprojekts, welches die Stadt Biel je realisiert hat, vorliegt. Ich bin doch auch stolz darauf, dass wir die Vorgaben einhalten konnten und insgesamt eine wirklich gelungene Anlage haben. Allen, die daran beteiligt waren, danke ich herzlich. Darunter befinden sich Leute, die immer wieder in der Kritik standen wie beispielsweise mein Vorgänger, Hans Stöckli sowie der damalige Stadtplaner François Kuonen und der Projektleiter Thierry Burkhard. Sie haben einen riesigen Einsatz geleistet.

Das Totalunternehmermodell, welches immer wieder einmal schräg angeschaut und von gewissen Kreisen als untauglich beurteilt wurde, hat ganz klar den Beweis seiner Leistungsfähigkeit erbracht. Entscheidend war aber das gute Pflichtenheft. Bei der Anlage Maladière in Neuenburg führten Nachforderungen zu grossen Diskussionen.

Dort umfasste das Pflichtenheft, ein bisschen übertrieben gesagt, 12 Seiten, für die Tissot-Arena waren es 12 Bundesordner. Eine wichtige Rolle gespielt hat auch die Firma BBS aus Winterthur. Die Baubegleitungsfirma mit Erfahrung in Totalunternehmungsmodellen hat von Anfang an unsere Leute unterstützt und präzise hingeschaut.

Bei einem normalen Bauprojekt gibt es in der Ausführung immer verschiedene Mehr- und Minderaufwendungen. Wenn die Teuerung tief ist, geht die Differenz unter. Hier gibt es keine Minderaufwände, sondern der Fixpreis startet bei einer festgelegten Grösse gemäss Index und um so viel, wie sich der Index bewegt, geht die Teuerung mit. Herr Scheuss, Sie haben vorhin richtig bemerkt, dass, wenn etwas eine lange Zeit läuft, die Teuerung tendenziell eher sichtbar wird. Beim Totalunternehmermodell ist sie auch systembedingt, weil ein Fixpreis besteht.

Ich danke der GPK für die positive Würdigung der Arbeit unserer Leute. Die Kosten der Eröffnungsfeier werden immer wieder thematisiert. Ich erlaube mir zu sagen, dass es um 0,011% der Bausumme geht. Ich denke, da haben wir schon ganz andere Feste veranstaltet. CHF 75'000 für die Einweihung einer Anlage, welche CHF 65 Mio. gekostet hat, sind für mich okay. Ein Teil des Betrags entfiel auf die Etappenankunft der Tour de Suisse und konnte für Werbezwecke genutzt werden.

Insgesamt, ich bin froh, können wir den Verpflichtungskredit jetzt abschliessen. Zudem hoffe ich, dass der Garantiefall, welcher die Betriebstauglichkeit nicht beeinflusst, nächstes Jahr unter der Führung meiner Nachfolgerin abgeschlossen werden kann. Schliesslich haben wir zu einem leicht tieferen Preis eine tolle Anlage bekommen.

Noch ein Hinweis zum Thema Klimaschutz: Durchgesetzt wurde, die verschiedenen Nutzungsflächen der Anlage übereinander zu bauen. Dadurch wurde den Landverbrauch minimiert. Die Raumplanung mit dem Parkhaus zuunterst und oben die Fachmärkte und die Sportstadien war vor 20 Jahren vorbildlich. Wir wollten neben der Sportanlage möglichst viel Land für industrielle Zwecke als Arbeitszone freihalten. Vor der Volksabstimmung ist es meinem Vorgänger gelungen, HRS zu bewegen, das Land im Baurecht zu übernehmen und nicht zu kaufen. Um das Projekt in der Volksabstimmung mehrheitsfähig zu machen, war dies entscheidend, ähnlich wie die Energiezertifikate oder die Solaranlage auf dem Dach, welche auch heute noch die weltweit grösste in ein Sportstadion integrierte Anlage ist. Ich könnte noch viel erzählen zu diesem Projekt, höre aber jetzt aufgrund der fortgeschrittenen Stunde auf. Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme des Berichtes des Gemeinderates vom 18.09.2024, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 4 Bst. c der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), beschliesst:

1. Die Überschreitung des Verpflichtungskredits von brutto CHF 1'926'360.52 wird genehmigt.
2. Die Abrechnung des Verpflichtungskredits Nr. 20000.0001 «PPP Stades de Bienne» wird genehmigt.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Damit ist die Sitzung geschlossen. Die Sitzung von morgen fällt aus.

20. Neueingänge

20240331	Dringliches überparteiliches Postulat, Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte	PRA
	Finanzielle Risikominimierung "PARADICE"	
	Postulat interpartis urgent, Scheuss Urs, Groupe Alliance Verte, Schlup Nina, Groupe PS/JS, Stolz Joseline, Groupe PSR, Hamdaoui Mohamed, Le Centre	MAI
	Minimisation des risques financiers de « PARADICE »	
20240332	Dringliche überparteiliche Interpellation, Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis, Schlup Nina, Fraktion SP/JUSO, Kilezi Ruth, Fraktion PSR	DSS
	Neue Organisation der Sozialbehörde: Was ist der Stand der Umsetzung?	
	Interpellation interpartis urgente, Tennenbaum Ruth, Groupe Alliance Verte, Schlup Nina, Groupe PS/JS, Kilezi Ruth, Groupe PSR	ASS
	Nouvelle organisation de l'autorité sociale : où en est la mise en œuvre ?	
20240333	Dringliche überparteiliche Interpellation, Roquet Hervé, Fraktion PSR, Sutter Andreas, Fraktion FDP, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO	FID
	Mehr Klarheit in der Investitionsplanung und bei der Zunahme der Vorfinanzierungen	
	Interpellation interpartis urgente, Roquet Hervé, Groupe PSR, Sutter Andreas, Groupe FDP, Schiess Christophe, Groupe Alliance Verte, Steinmann Alfred, Groupe PS/JS	DFI
	Plus de clarté dans la planification des investissements et la croissance des préfinancements	
20240334	Überparteiliche Motion, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte	BEU
	Keine weiteren Kunstrasen in Biel	
	Motion interpartis, Rüber Stefan, Groupe Alliance Verte, Hamdaoui Mohamed, Le Centre	TEE
	Il faut renoncer à de nouveaux gazons synthétiques à Bienne	

20240335	Überparteiliches Postulat, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis, Stolz Joseline, Fraktion PSR	BEU
	Biel macht vorwärts bei Erdwärme und Wärmeverbünden	
	Postulat interpartis, Clauss Susanne, Groupe PS/JS, Rüber Stefan, Groupe Alliance Verte, Stolz Joseline, Groupe PSR	TEE
	Bienne doit progresser en matière de géothermie et de réseaux de chaleur	
20240336	Postulat, Maurer Stefan, Fraktion SVP / Die Eidgenossen	PRA
	Defekte Heizung / Thomas-Wyttenbach-Strasse 2A, 2502 Biel	
	Postulat , Maurer Stefan, Groupe UDC/Les Confédérés	MAI
	Chauffage en panne à la rue Thomas-Wyttenbach 2A, 2502 Bienne	
20240337	Interpellation, Weber Philippe, Faktion Grünes Bündnis	DSS
	Für eine sensible Nutzung des öffentlichen Raums in der Altstadt	
	Interpellation , Weber Philippe, Groupe Alliance vert	ASS
	Pour une utilisation sensible de l'espace public en Vieille Ville	
20240338	Interpellation, Maurer Stefan, Fraktion SVP / Die Eidgenossen	BEU
	Projekt Zeni / Multisporthallen	
	Interpellation , Maurer Stefan, Groupe UDC/Les Confédérés	TEE
	Projet Zeni au complexe sportif	
20240339	Überparteiliche Interpellation, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Rüber Stefan, Grüne	BEU
	Planung Holzkraftwerke und Klimaziele	
	Interpellation interpartis, Clauss Susanne, Groupe PS/JS, Rüber Stefan, Les Vert-e-s	TEE
	Planification des centrales à bois et objectifs climatiques	

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22.55 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Benedikt Loderer

Der Ratssekretär / *Le secrétaire parlementaire*:

Omar El Mohib

Protokoll:

Rita Flückiger

Nathalie Scheurer

Procès-verbal:

Floriane Pinto Bernardino

Xavier Stern